

Die Verknüpfung von transnationaler Bewegungs- und Migrationsforschung

Da AkteurInnen, Problemlagen und ein Teil der politischen Mobilisierungen durch transnationale Aspekte gekennzeichnet sind, bewegt sich die vorliegende Arbeit in der bewegungs- und migrationsbezogenen Transnationalisierungsforschung. Seit Beginn der 1990er Jahre hat die Erforschung transnationaler Prozesse deutlich zugenommen. Unter transnationalen Prozessen werden ökonomische, politische und soziale grenzüberschreitende Verbindungen, insbesondere von nicht-staatlichen Akteuren, gefasst (vgl. Portes 2001). Dementsprechend finden die Diskussionen in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen und Forschungsbereichen wie der Politikwissenschaft, Soziologie, Ökonomie, Ethnologie, Kulturforschung, Migrationsforschung oder der Bewegungsforschung statt. Überraschenderweise verläuft die Theoriebildung weitestgehend getrennt, gegenseitige konzeptionelle Anleihen sind die Ausnahme. Ich rekapituliere den Forschungsstand zur politischen Mobilisierung von MigrantInnen, bevor ich Verbindungslinien aufzeige.

Stand der Forschung

Aus der Fragestellung heraus ergeben sich drei relevante Forschungsfelder: erstens Forschungen zu sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, zweitens die europäische Integrationsforschung sowie drittens die Ethnizitäts- und Migrationsforschung. Dazu beziehe ich quer zu allen Fragen die Geschlechterdimension ein, da geschlechterpolitische Thematisierungs- und Mobilisierungsstrategien eine wichtige Dimension darstellen.

Die Forschung zu neuen sozialen Bewegungen

Die Forschung zu neuen sozialen Bewegungen ist in dreierlei Hinsicht ein wichtiger Bezugsrahmen: Sie liefert erstens ein adäquates Set an Methoden, mit dem sich die Handlungsbedingungen und Aktivitäten wenig institutionalisierter Akteure analysieren lässt. Die Arbeiten zur Europäisierung und Transnationalisierung sozialer Bewegungen weisen zweitens auf neuere Entwicklungen hin, die eine Brücke zwischen der eher auf den Nationalstaat bezogenen Bewegungsforschung und der europäischen Integrationsforschung darstellen. Drittens erlauben es vorliegende Arbeiten zur Selbstorganisation von MigrantInnen meine Analysen gegenzuspiegeln.

Für einige Länder und Bewegungssegmente liegen sozialgeschichtliche Arbeiten vor, die Widerstandsbewegungen von MigrantInnen mit dem Ziel der Sichtbarmachung rekonstruieren (Abdallah 2002, Bojadžijev 2002, Düvell 2002b). Ein Anliegen ist die Korrektur der Geschichtsschreibung über Einwanderung, die bislang die Subjektivität von MigrantInnen und die Auseinandersetzungen zwischen EinwandererInnen und staatlichen Institutionen ausklammerte. Viele Darstellungen zur Selbstorganisation von MigrantInnen wurden von AutorInnen und Gruppen verfasst, die sowohl dem akademischen wie dem antirassistischen und feministischen Bewegungssektor zuzurechnen sind (bspw. Bibal 1999, EWL 1999, FeMigra 1994, Hardillo-Werning 2000, Joo-Schauen/Najafi 2002, Yurtsever-Kneer 1998, Bratic 2000, Kaynar/Suda 2002, Gutiérrez Rodríguez 2000, Terkessidis 2000). Eine Reihe weiterer Studien geht in der Tradition der Bewegungsforschung die Frage der Partizipation von MigrantInnen an. Es werden auf lokaler und nationalstaatlicher Ebene die Partizipationsmuster von Einwanderungsbevölkerungen erhoben (Fennema/Tillie 2001, Jacobs 2000, Leal 2002). Dabei wird sowohl das Vertrauen in und die Teilnahme an traditionellen Partizipationswegen ermittelt wie auch Formen ethnischer Interessenselbstorganisation in lokalen Selbsthilfegruppen oder Ausländerbeiräten. In eine ähnliche Richtung gehen Studien, die die Relevanz von Identität für eine auf Ethnie basierende Organisation erörtern (Marquez 2001, Sudbury 2001). Einige Arbeiten analysieren die Geschlechtsspezifität politischer Mobilisierung und Repräsentation (Burlet/Reid 1998, Jones-Correa 1998, Karsten 1986, Sudbury 2001) und kommen zum Ergebnis, dass Geschlecht und Ethnizität zu Ressourcen werden können, auf welchen die Organisation fußt.

Im engen Sinne bewegungstheoretisch sind Arbeiten, die im Politikfeld Einwanderung, Rassismus und Migration für verschiedene Länder und Zeiträume Dokumente und Ereignisdatenbanken auswerten, um die

politischen Gelegenheitsstrukturen zu ermitteln (Koopmans/Statham 1998, Lloyd 2000, Martiniello/Statham 1999, Statham 1998, 2001). Dabei finden MigrantInnen- und *pro-migrant*-Organisationen als eine Akteursgruppe Berücksichtigung. Weiterhin gibt es Studien, die am Beispiel der Antirassismus-, Asyl- und Migrationspolitik themenspezifische Öffentlichkeiten und Gelegenheitsstrukturen in der Europäischen Union analysieren (Eder 2000, Eder/Hellmann/Trenz 1998, Trenz 2001b). Es findet nach Hans-Jörg Trenz eine Angleichung des europäischen Lobbyings an transnationales Netzwerkregieren statt, wobei oft allerdings die Durchsetzungsfähigkeit von Protest fehlt.

Die wenigen empirischen bewegungstheoretischen Untersuchungen zu MigrantInnen, die sich unter den Bedingungen einer weitgehenden Rechtlosigkeit politisch organisieren, analysieren die Bewegungen der *Sans-Papiers* in Frankreich bzw. Spanien (Lindemann 2001, Laubenthal 2006). Veröffentlichungen zur Selbstorganisation illegalisierter MigrantInnen oder deren Unterstützung durch antirassistische Gruppen kommen ebenfalls fast ausschließlich aus politischen Bewegungskontexten und konzentrieren sich auf die nationalstaatliche Ebene (bspw. Abdallah 2000, ASW 2000, AutorInnenkollektiv 2000, Bojadžijev/Karakayali/Tsianos 2003, CFMW 2000, Cissé 2002, Karawane 2000a, kein mensch ist illegal 2000, Moulier Boutang 2002). Die nationalstaatliche Fokussierung ist insofern zu erklären, als dass sich Legalisierungskampagnen bislang auf nationale Regierungen bezogen. Es gibt Ansätze des europaweiten Vergleichs der Situation von Illegalisierten und des Austauschs über Unterstützungsmöglichkeiten (Jurado Guerrero 2000, picum 2002, 2003a, 2003b). Allerdings sind diese Studien keine theoriegeleiteten Arbeiten, sondern für den Zweck der politischen Intervention und sozialen Arbeit bestimmt.

Die Europäische Integrationsforschung

Da ich ein breites Spektrum von Protest und Lobbyarbeit von politischen Akteuren inner- wie außerhalb der europäischen Institutionen analysiere, ist es fruchtbar, in Kombination mit der Bewegungsforschung auf Arbeiten der EU-Integrationsforschung zurückzugreifen. So lassen sich die Arenen, Ebenen und Verhandlungsoptionen europäischer Lobbypolitik von *pro-migrant*-Organisationen und NGOs bestimmen und die Entwicklungen in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik kontextualisieren. Ein Großteil der europäischen Integrationsforschung ist in Bezug auf meinen Fokus allerdings von zwei zentralen Defiziten gekennzeichnet: Erstens werden Demokratiedefizite ohne die spezifische

Rolle von Nicht-UnionsbürgerInnen gedacht, zweitens liegt eine Institutionen- und Elitenfixierung vor.

Die Frage der politischen Partizipation von Drittstaatsangehörigen in der EU ist überraschenderweise kaum ein Thema der umfangreichen Literatur zum demokratischen Defizit, zu Partizipation und Bürgerschaft in der EU (bspw. Heinelt 1998, Kleger 2001, Klein et al. 2003, Lahunen/Jauß 2001). Der Partizipationsbegriff ist auf die Teilnahme am Willensbildungsprozess durch Wahlen und formale Verfahren verengt und die Herangehensweise oft funktionalistisch inspiriert, demzufolge es ein demokratisches Dilemma von »system effectiveness versus citizen participation« (Dahl 1994) gibt. Zudem fallen Drittstaatsangehörige und geschlechtsspezifische Aspekte aus den Betrachtungen heraus. Eine von Michael Nentwich entworfene Typologie der Partizipationsmöglichkeiten von BürgerInnen in der EU berücksichtigt beispielsweise nur UnionsbürgerInnen (Nentwich 1996).

Betrachtet man die wichtigsten Ansätze der Integrationsforschung¹ daraufhin, wo das Handeln sozialer Bewegungen einen Ort finden könnte, so ist das Ergebnis unbefriedigend. Selbst prozessbezogene Ansätze, die nicht-staatliche Akteure und mehrere Ebenen in den Blick nehmen – wie der des Netzwerkregierens oder der Mehrebenenanalyse (bspw. Eising/Kohler-Koch 1999, Kohler-Koch 1998) –, sind auf problemlösende Verhandlungen zwischen Eliten konzentriert. Akteure außerhalb bestimmter Netzwerke und Verhandlungsarenen werden nicht wahrgenommen. Aufgrund der Problemlösungsorientierung stehen das Fortbestehen und die strukturellen Ursachen von Konflikten nicht im Mittelpunkt der Analyse. Der Vorwurf der Eliten- und Brüsselfixierung trifft nicht nur die klassische Integrationsforschung, auch europabezogene politikfeldspezifische Forschungen zu neuen sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen berücksichtigen bis auf wenige Ausnahmen (bspw. Imig/Tarrow 2001a, Trenz 2001a) vor allem prozedurale und lobbypolitische Einflussversuche von hoch spezialisierten Nichtregierungsorganisationen in Brüssel und europäischen Netzwerken (bspw. Helfferich/Kolb 2001, Hoskyns 1996, Geddes 2000, Guiraudon 2001). Meines Erachtens liegen die Ursachen für die Elitenfixierung daran, dass diese Akteure in Kontakt zu den europäischen Institutionen und staatli-

1 Zu wichtigen politologischen Integrationstheorien gehören der Neo-Realismus, Neo-Funktionalismus, Neo-Institutionalismus, Konstruktivismus, Regimetheorie, Netzwerkansätze, Governancetheorien, neo-gramscianische und polit-ökonomische Theorien, vgl. Loth/Wessels 2001, Rosamond 2000, Bieling/Lerch 2005; vgl. Bach 2001 für die Soziologie.

chen Akteuren stehen und daher anschlussfähig sind, wie auch im leichteren empirischen Zugang für WissenschaftlerInnen.

Die Europäische Union hat bislang nicht zu den zentralen Mobilisierungsfeldern von Frauenbewegungen gehört (Holland-Cunz/Ruf/Sauer 1994: 11, Reinalda 1997). Dennoch wird die EU von vielen Autorinnen als wichtige Arena für die Artikulation und Durchsetzung frauenpolitischer Interessen betrachtet. Für einzelne Politikfelder werden frauen- und gleichstellungspolitische Spielräume ausgelotet und Wechselverhältnisse zwischen Frauenorganisationen und EU-Politik analysiert (Hoskyns 1996, Rossilli 2000, Schmidt 2000). Dabei wird gefragt, ob Frauen ausreichend Organisations- und Konfliktfähigkeit besitzen, ob sie in Besitz von Machtressourcen (z.B. Geld, einflussreiche personelle Netzwerke, Bündnispartner) sind und wie es um die institutionellen Gelegenheitsstrukturen bestellt ist, die notwendig sind, um politische Veränderungen herbeizuführen. Eine der forschungsleitenden Fragen ist, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der Repräsentation von Frauen und geschlechtersensiblen EU-Politiken. Diese Fragen sind für die Teilhabe und Interessenvertretung von Migrantinnen ebenso zu stellen. Es wird sich auch kritisch mit der Kooperation von Frauenbewegungen und EU-›Femokratinnen‹ und den teils unintendierten, aber strukturell angelegten Folgen des Einbezugs in den Apparat und die Politikprozesse der EU auseinandergesetzt (Woodward 2001, Hoskyns 1999).

Die Auswirkung der Europäischen Integration auf Frauen, die nicht die Unionsbürgerschaft besitzen, ist ein weiterer Bereich, der von der Geschlechterforschung bearbeitet wird (bspw. Kofman/Sales 2000, Lwanga 1994, Wijers 2000). Zwei Studien der Europäischen Frauenlobby sind der Situationsanalyse und politischen Repräsentation von Migrantinnen in der EU gewidmet (EWL 1995, 1999). Insbesondere die erste Studie mit dem Titel »Confronting the Fortress. Black and Migrant Women in the European Union« bedeutete einen wichtigen Schritt bei der Sichtbarmachung von Migrantinnen in der EU. Das Standardwerk »Integrating Gender« von Catherine Hoskyns (1996) bietet eine ausführliche Darstellung der Situation von Nicht-Unionsbürgerinnen, den Aktivitäten von NGOs und Selbstorganisationen von Migrantinnen seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses.

Arbeiten aus der Integrationsforschung sind somit im Hinblick auf die Analyse des Lobbyings und auf die europäische Frauenpolitik für meine Fragestellung weiterführend.

Die Ethnizitäts- und Migrationsforschung

Die Migrations- und Ethnizitätsforschung ist der dritte relevante Forschungsbereich für diese Arbeit. Aufgrund des Materialreichtums an empirischen Fallstudien zur Organisation von MigrantInnen ist sie eine gute Basis, um Kriterien zu entwickeln, die den Spezifika der Mobilisierung von MigrantInnen gerecht werden. Als hilfreiches Konzept erachte ich insbesondere das Modell transstaatlicher sozialer Räume, mit dem sich wichtige Ressourcen und Handlungsräume der transnationalen Mobilisierung von MigrantInnen erfassen lassen.

Wenn Selbstorganisationen von MigrantInnen in der Migrationsforschung betrachtet werden (vgl. die Bibliografie von Kolb/Lamontain 2000), so sind die AutorInnen vor allem daran interessiert, ob diese der Integration von MigrantInnen förderlich sind oder ob sie zu einer weiteren Segregation führen. In einer vereinfachenden Darstellung lassen sich in der Migrationsforschung vier Modelle der Integration und ihrer Perspektive auf die Selbstorganisation von MigrantInnen beschreiben (vgl. Faist 2000b: 348-357): Selbstorganisationen werden im Modell der Assimilation als nicht gelungene Akkulturation betrachtet, da die Verschmelzung mit der Mehrheitsgesellschaft angestrebt wird. Anerkennung finden Selbstorganisationen hingegen im Modell des ethnischen Pluralismus bzw. der Multikulturalität, da die Diversität ethnischer Gruppen der Ausgangspunkt ist. Im postnationalen Modell sind auf nationaler Ebene Selbstorganisationen nicht mehr notwendig, da die Hybridisierung als grundlegendes Kulturmuster Anerkennung findet und die Integration von MigrantInnen von supra- und zwischenstaatlichen Regelungen bestimmt ist. Die Organisationen, Netzwerke und Bindestrichidentitäten (z.B. Deutsch-Türken) von MigrantInnen sind im Modell der grenzübergreifenden Expansion sozialer Räume fester Bestandteil transnationaler sozialer Räume. In allen vier Integrationsmodellen werden Selbstorganisationen wahrgenommen und politisch bewertet. Neuere Arbeiten betonen die Integrationsleistungen der in Selbstorganisationen engagierten MigrantInnen, berücksichtigen aber auch widersprüchliche Entwicklungen (vgl. Thränhardt/Hunger 2000).

Das Hauptinteresse an der Integration von MigrantInnen hat bezogen auf die Selbstorganisation von MigrantInnen vor allem drei Auswirkungen: Zum einen ist eine Verengung auf die Wahrnehmung bestimmter Gruppen zu konstatieren. Die politischen Organisationen und Mobilisierungen durch Flüchtlinge und illegalisierte MigrantInnen werden nur sehr selten betrachtet, da sie über keine dauerhafte Aufenthalts- und Integrationsperspektive verfügen. Zum zweiten führt der »Integrationsimperativ« (Bojadžijev 2002: 143) zu einer Perspektive, in der

die Präsenz von MigrantInnen als Problem betrachtet wird und die für den Rassismus zum Teil selbst verantwortlich gemacht werden (ebd.: 125-137). Drittens ist auf einer gesellschaftspolitischen Ebene die Integrationsfixierung Ausdruck einer herrschaftlichen Perspektive, einer Politik über MigrantInnen und nicht von MigrantInnen selbst.

In anderen Arbeiten aus der Migrationsforschung werden länderspezifische Partizipationsmuster von MigrantInnen festgestellt. Sie unterscheiden sich beispielsweise darin, ob die ethnische Herkunft und Gemeinschaft betont wird, welche Rolle die gesellschaftliche Position und Klassenzugehörigkeit spielt, ob die Organisation vor allem über soziale Arbeit oder als Antidiskriminierungsarbeit läuft oder ob die Ausweitung von sozialen, politischen und kulturellen Rechten auf MigrantInnen der Ansatzpunkt ist. Zur *Erklärung* der unterschiedlichen Formen politischer Mobilisierung und Partizipation von Migrationsbevölkerungen lassen sich idealtypisch drei Ansätze unterscheiden (vgl. Ireland 2000): Klassentheoretische Arbeiten, die vor allem in den 1970er Jahren einflussreich waren, betonen die ethnische Unterschichtung und Segregation von MigrantInnen, die zu einem ethnisch gekennzeichneten Subproletariat und Widerstand führt. Es wird davon ausgegangen, dass die Art der Partizipation von der gemeinsamen Klassenzugehörigkeit der GastarbeiterInnen, Schwarzen und postkolonialen EinwandererInnen als ArbeiterInnen bzw. als Armutsbevölkerungen geprägt ist (bspw. Castles 1985 [1973], Miles 1982, Piven/Cloward 1986 [1977]). Diese Herangehensweise ist kompatibel zu strikt strukturorientierten Konzepten in der sozialen Bewegungsforschung, deren Wurzeln ebenfalls in der neo-marxistischen Tradition liegen. Ethnische und religiöse Zugehörigkeiten werden von einer zweiten Gruppe von Arbeiten als erklärende Variable für die Art und Weise der Organisation von MigrantInnen begriffen (bspw. Balibar/Wallerstein 1988, Miller 1981). Es wird davon ausgegangen, dass Ethnizität und Religionszugehörigkeit relativ stabil sind und MigrantInnen ihre politischen Interessen im Rückgriff auf religiöse, kulturelle, regionale, ethnische und nationale Elemente und in Reaktion auf Diskriminierungserfahrungen organisieren und artikulieren. Bei MigrantInnen derselben Herkunft müssten somit in verschiedenen Ländern ähnliche Partizipationsmuster zu entdecken sein. Auf länderspezifische institutionelle Unterschiede beruft sich schließlich die dritte Gruppe von Arbeiten institutionalistischer Provenienz (bspw. Geddes 2000, Ireland 2000, Soysal 1994). Demnach besteht ein Zusammenhang zwischen juristischen und politischen Institutionen und Partizipationsformen. Länderspezifische Ausprägungen von Partizipationsmustern sind auf institutionelle Variablen – z.B. Integrationspolitik, Staatsbürgerschaftsrecht und institutionelle Torwächter wie Gewerkschaften, poli-

tische Parteien, religiöse und humanitäre Organisationen – zurückzuführen, wenn Merkmale wie Klassenzugehörigkeit und Herkunft konstant bleiben. Ethnischen und kulturellen Differenzen wird somit weniger Relevanz beigemessen als Institutionen. Dies unterscheidet institutionalistische Ansätze in der Migrationsforschung von kulturalistischen und differenzorientierten Ansätzen. Daher weisen institutionalistische Ansätze eine relative Nähe zu *political opportunity structure*-Ansätzen auf.

Unabhängig von den zuvor skizzierten Erklärungen politischer Partizipationsmuster wird seit etwa Mitte der 1990er Jahre die transnationale Dimension von Migrationsbewegungen und auch von politischen Mobilisierungsprozessen von MigrantInnen entdeckt und in die Theorieentwicklung aufgenommen (vgl. Pries 1997, Faist 2000c, Kivisto 2001). Die Theoretisierung von Transmigration hat den Blick geschärft für die transnationalen politischen Praxen von MigrantInnen, auch wenn diese Dimension bei den Urheberinnen des Konzeptes, Basch et al. (Basch/Glick Schiller/Blanc 1994), noch keine Rolle spielte. Ein wichtiger Vorreiter der Transnationalisierungsdiskussion ist die Diaspora- und Exilforschung (vgl. Cohen 1997). Sie bearbeitet nur am Rande die politische Praxis der in der Diaspora und im Exil Lebenden, vor allem in Form von hierarchisch strukturierten Exilparteien und Bewegungen. In jüngster Zeit zeichnet sich eine Verbindung zwischen Diaspora-/Exilforschung und der Transnationalisierungsdiskussion ab. Von einigen AutorInnen wird die politische Praxis von KurdInnen unter dem Blickwinkel vielfältiger transnationaler Praxen und Netze analysiert (Bruinessen 2000, Lyon/Uçarar 2001, Mertens 2000, Østergaard-Nielsen 2002), andere nehmen die transnationale Praxis von Flüchtlingen in den Blick (Al-Ali 2002, Koser 2002) oder untersuchen die transnationalen religiösen und politisch-religiösen Praxen von islamischen Organisationen (Mandaville 2001, Trautner 2000). Diese Arbeiten sind Bestandteil der wachsenden Literatur zu *transnational communities* (bspw. Al-Ali/Koser 2002, Mandaville 2001, Rex 1998, Blom 1999, Kennedy/Roudometof 2002, Koser 2002).

Implizit besteht bei einigen Arbeiten die Tendenz, transnationale Aktivitäten von MigrantInnen als quasi-natürlich anzusehen. Durch migrationsbezogene Netzwerke im transnationalen sozialen Raum scheinen MigrantInnen qua Definition transnational zu agieren. Zu gering fällt meines Erachtens dabei die Analyse der finanziellen, organisatorischen und kommunikativen Anstrengungen aus, die MigrantInnen unternehmen müssen, um transnationale Mobilisierungen tatsächlich zu realisieren. Die Schwierigkeiten erhöhen sich, wenn Gruppen verschiedener Herkunft und Nationalität ihre Aktionen koordinieren, gemeinsa-

me Forderungen entwickeln wollen und eine gemeinsame Sprache finden müssen. Die Sichtbarmachung multinationaler und frauenspezifischer Organisationen werden zudem erschwert durch die implizite Annahme, dass die Loyalität zu und Organisation über nationalstaatliche und ethnische Kollektive gegeben sei. Die Brüchigkeit und die Konstruiertheit nationaler Kollektive müssten meiner Meinung nach mehr beachtet werden, wie ich an verschiedenen Beispielen ausführen werde.

Auch die politische Einflussnahme von MigrantInnen in den Herkunftsstaaten, etwa durch die Gewährung des Wahlrechtes für die migrierten Teile der Bevölkerung, ist Gegenstand einiger Arbeiten. Diese Entwicklungen sind eine Reaktion von Staaten bzw. von politischen Eliten auf die transnationale Migration, die zur Erhaltung ihrer Macht mit den MigrantInnen WählerInnen oder finanzielle Ressourcen erschließen wollen. Länder wie die Philippinen, Mexiko, die Dominikanische Republik, Haiti oder Ekuador haben Anstrengungen unternommen, MigrantInnen in die politische Gemeinschaft zu integrieren (vgl. Smith, R. 2001). Dabei geht es um die Verhinderung des vollständigen *exits* von MigrantInnen und die Steigerung der Attraktivität der Aufrechterhaltung von Bindungen zum Herkunftsland. Dies ist ein zentraler Unterschied zu Diaspora und Exil, wo die offiziellen Verbindungen zumeist (zwangsweise) abgerissen sind. Auch für die Analyse politischer Mobilisierungen in den Zielländern ist es wichtig, diese Dimension wahrzunehmen. Hieraus wird einerseits ersichtlich, dass MigrantInnen in soziales und politisches Engagement an verschiedenen Orten eingebunden sind, und andererseits erklärt sich so, warum politisches Engagement in den Zielländern nicht immer Priorität hat.

In der frauenorientierten Migrationsforschung hat sich bezüglich des Migrantinnenbildes seit den 1970er Jahren ein Wandel vollzogen, der für die Wahrnehmung von Migrantinnen als politische Akteurinnen relevant ist. Dabei ist bis in die 1990er Jahre eine ähnliche Schieflage zu konstatieren wie in der auf Integrationseffekte abzielenden Bewertung von Selbstorganisationen von MigrantInnen. Migrantinnen, damals noch ›Ausländerinnen‹, wurden in den 1970er und 1980er Jahren vor allem über Defizite definiert und galten als »rückständig, isoliert und hilfsbedürftig« (Hebenstreit 1984). Später gerieten die Frauen in den Blick, als es zu Integrationsproblemen der migrierten Familien kam. Plötzlich wurde ihre soziale Integrationskompetenz entdeckt, die diese aufgrund ihrer Alltagsorientierung, etwa über den Schulbesuch ihrer Kinder, entwickelt hatten. Sie galten mithin als »Schlüsselfigur einer auf Modernisierung der Migrantenfamilien ausgerichteten Integrationspolitik« (Huth-Hildebrand 2002: 196).

Die Existenz von Migrantinnengruppen wurde lange zwischen Separatismus und Integration diskutiert. Das funktionalistisch auf Integration gerichtete Bild der Migrantin wurde zunehmend um eines erweitert, in dem Subjektivität und eigene Handlungsfähigkeit relevanter wurden. Eine wichtige Rolle spielten dabei sowohl Selbstorganisationsprojekte von Migrantinnen, die in ihrer parteiichen Arbeit mit Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen den Aspekt der Handlungsfähigkeit betonten, als auch Wissenschaftlerinnen und »intellektuelle Migrantinnen« (Gutiérrez Rodríguez 1999). Intellektuelle Migrantinnen »tragen zur Kohäsion ihrer Gruppe, zur Synthetisierung und zur Artikulation kollektiver Interessen« (Gutiérrez Rodríguez 2000) bei. Migrantinnen wurden so zunehmend als Akteurinnen in Migrationsprozessen wahrgenommen. Diese Perspektive, die die politische und soziale Handlungsfähigkeit von Migrantinnen als wichtigen Aspekt ihres Lebens begreift, zugleich aber strukturelle gesellschaftliche Ungleichheiten – auch zwischen Frauen – thematisiert, stellt einen zentralen Ausgangspunkt dieser Arbeit dar.

Thesen und Ergebnisse ausgewählter Arbeiten

Ich gehe nun auf einige Arbeiten zur Selbstorganisation von MigrantInnen und zum Lobbying von *pro-migrant*-Organisationen in der EU näher ein, die ein ähnliches Erkenntnisinteresse aufweisen.

Klaus Eder, Kai-Uwe Hellmann und Hans-Jörg Trenz nennen in ihren Überlegungen zum Strukturwandel europäischer Öffentlichkeit drei Organisationsvorteile von MigrantInnen gegenüber »der oft schwerfälligen Interessenkoordinierung nationaler Verbände« (Eder et al. 1998: 331): Erstens kann die Existenz transnationaler Gemeinschaften innerhalb familiärer und beruflicher Netzwerke Gefühle von Gemeinschaftlichkeit und gemeinsamer Betroffenheit vermitteln. Zweitens besteht die Möglichkeit, an einem europäischen Vokabular der Inklusion anzusetzen. Drittens können sich die politischen EntscheidungsträgerInnen der Macht transnationaler und öffentlicher Diskurse (z.B. Menschenrechte) nicht entziehen. Diese These ist plausibel, allerdings ist, wie in den Fallstudien deutlich wird, der Bezug auf Menschenrechte zwar eine Ressource, aber gegenüber einer repressiv ausgerichteten Politik im Nachteil. Bezüglich der beiden ersten Thesen möchte ich weitergehende Einwände geltend machen. Zwar existieren in vielen Fällen transnationale Gemeinschaften mit familiären und beruflichen Netzwerken, jedoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese quasi-automatisch ein Gefühl von Gemeinschaftlichkeit vermitteln können. Es bedarf spezifischer Voraussetzungen und Aktivitäten, um soziale Netzwerke in politische Organisationszusammenhänge zu transformieren. Zudem können

ethnische Netzwerke exklusiv, regions- oder statusabhängig sein, wohingegen eine europäische Mobilisierung einer gewissen Verallgemeinerung von Interessen bedarf, um gehört zu werden. Eder et al. heben als zweite Stärke die Möglichkeit der Anknüpfung an ein europäisches Vokabular der Inklusion hervor. Dies ist meiner Einschätzung nach zu kurz gegriffen, da komplementär zum Inklusionsvokabular ein Exklusionsdiskurs existiert. Deutlich wird dieses an der Grenzsicherungs-, Asyl- und Migrationspolitik der EU. So wurden der Freizügigkeit im Augenblick ihrer Einführung ausgleichende Kontrollmaßnahmen zur Seite gestellt, sie wurde zudem aus einer ökonomischen Motivation heraus eingeführt (vgl. Favell/Geddes 1999: 15). Diese Gleichzeitigkeit von Ein- und Ausschluss charakterisiert die Migrationspolitik der EU.

Die Arbeiten der französischen Migrationsforscherin Riva Kastoryano sind für meine Fragestellung ebenfalls interessant. Ihren Ansatz greife ich stellvertretend für post-nationale Arbeiten auf. Sie argumentiert ähnlich wie Eder et al., dass die EU neue Möglichkeiten für die Mobilisierung von MigrantInnen bereitstellt. Deren transnationale Organisation überziehe das grenzenlose Europa wie ein Spinnennetz. Die EU ermöglicht MigrantInnen, der begrenzten nationalen Politik zu entkommen und neue Räume zu erschließen, die auf Partizipation und Mitgliedschaft in Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft beruhen (Kastoryano 2000: 307). Aufgrund der transnationalen Verortung hinterfragen MigrantInnen »inevitably [...] the link between territory and nation-state« (ebd.: 307). Daraus leitet Kastoryano Mitgliedschaftlichkeit auf zwei Ebenen ab: Zum einen fühlen sich MigrantInnen aufgrund ihrer durch Partizipation erworbenen Identität mit der politischen Gemeinschaft als »non-European Europeans« (Kastoryano 1998: 10). Zum zweiten räumt sie vor allem indirekten Partizipationsmöglichkeiten von Nicht-UnionsbürgerInnen eine starke Position ein (ebd.: 11): Zivilbürgerschaft (*civil citizenship*), durch die Aktivität in Organisationen begründet, könne eine Kompensation für Staatsbürgerschaft (*civic citizenship*) sein. Insbesondere in Staaten wie Deutschland, die für EinwanderInnen wenig Integrationschancen in die Nation bieten, sei diese Strategie zu empfehlen.

Kastoryanos Ansatz scheint mir in einer Reihe von Aspekten kritikwürdig. Problematisch ist erstens die Einschätzung europäischer Identität als unabgeschlossen und somit noch offen für multikulturelle Deutungen. Damit blendet sie zweierlei aus: zum einen die historische Genese einer europäischen Identität, die auf der Betonung der Differenz zum und Exklusion des ›Anderen‹ beruht (vgl. Lutz 1997; Stolcke 1999) sowie zum anderen der auch in Zeiten von Hybridität und Globalisierung fortbestehende Erfindungsreichtum von immer neuen – und weiterhin abwertenden – Konstruktionen des Anderen oder, wie Nora

Räthzel es nennt, den postmodernen »hybrid racism« (Räthzel 2002: 22). Auch Virginie Guiraudon hat herausgearbeitet, dass die EU weder einen kohärenten diskursiven Rahmen für die Rechte von MigrantInnen bereitstellt, auf den sich *pro-migrant*-Organisationen beziehen könnten, noch die lokalen Organisationen die europäischen politischen Gelegenheitsstrukturen ausreichend nutzen (Guiraudon 2001: 179). Wenn es zu Transnationalisierungen kommt, so sind sie das *top-down*-Resultat von EU-Initiativen (ebd.: 166). Zweitens fordert Kastoryanos Partizipationsverständnis sowie die Bedeutung von Staatsbürgerschaft und *citizenship* zu einer Überprüfung ihrer materiellen Fundierung heraus. Schließlich entspricht staatliches Verhalten allzu oft nicht den menschenrechtlichen Normen, insofern darf eine progressive Normsetzung nicht mit der Realität verwechselt werden. Dazu bedarf es der Um- und Übersetzung formal garantierter Rechte in substantielle Rechte. Auch sind sozialer Status und die Zuweisung und Ausübung politischer Rechte miteinander vermittelt. Die Dimension *economic/social citizenship* ist eine Bedingung zur Ausübung politischer Partizipation, die einen Großteil von MigrantInnen aufgrund strukturell prekärer ökonomischer und sozialer Verhältnisse in eine für sie ungünstige Ausgangsposition bringt. Auch die – widersprüchliche – geschlechterpolitische Strukturierung von Gesellschaft und Staat setzt Rahmenbedingungen für den Zugang zu sozialen und politischen BürgerInnenrechten. Drittens blenden Kastoryano und andere post-nationale AutorInnen große Gruppen von MigrantInnen aus. Die theoretischen Überlegungen treffen nur für Drittstaatsangehörige mit einem verfestigten Aufenthaltsstatus zu, nicht aber für Illegalisierte oder Personengruppen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Nicht eingebürgerte Personen oder Personen ohne verfestigten Aufenthaltsstatus sind in kritischen Situationen immer wieder mit dem (Ausländer-)Recht und einer möglichen Aufenthaltsbeendigung konfrontiert. Diese Bedrohung beeinflusst die Möglichkeiten des politischen Handelns (vgl. Bojadžijev 2002: 137). Eine rechtliche Sicherheit ist meiner Auffassung nach nicht mit zivilgesellschaftlicher Verankerung zu kompensieren. Damit geht – als vierter Einwand – einher, dass in post-nationalen Ansätzen die »Bedeutung staatlicher Grenzen vorschnell minimier[t]« (Faist 2000b: 340) wird. Schließlich bleiben »der öffentliche Raum und damit die Arena, in der Bürger gemeinsam politisch Handeln, durch Grenzen [markiert]« (Dittgen 1999: 6), vor allem durch die Institution der Staatsbürgerschaft, die die individuellen Rechtssubjekte mit der rechtsschützenden und mit Zwangsmitteln ausgestatteten Organisation des Staates verbindet.

Andrew Geddes hat eine ausführliche Darstellung der europäischen Migrationspolitik seit ihren Anfängen vorgelegt (Geddes 2000). Er ana-

lysiert, wie durch europäische Institutionen und eine europäische Migrations-Agenda die Chancen der Inklusion von MigrantInnen strukturiert werden (ebd.: 41). Eine These lautet, dass die Norm der Freizügigkeit für UnionsbürgerInnen institutionelle Dynamiken freigesetzt hat und ein wichtiger Bezugspunkt für die Argumentation von MigrantInnen und *pro-migrant*-Organisationen ist, diese Freizügigkeit auf andere Gruppen auszuweiten. Aus einer institutionalistischen Perspektive argumentiert er, dass nicht MigrantInnenorganisationen Einfluss auf die Politik nehmen, sondern administrative Praxen und Migrationspolitiken die Aktivitäten der NGOs sowie derjenigen in den Institutionen bestimmen, die *pro-migrant*-Ansichten vertreten (Geddes 2000: 39). Ethnizität wird bei Geddes dezidiert nicht als Ressource betrachtet (ebd.: 133). Er kommt zu folgenden Ergebnissen, die zur Einschätzung der politischen Mobilisierung von MigrantInnen in der EU beitragen:

- Politische Prozesse und direkte Partizipationsmöglichkeiten in der EU sind für MigrantInnen weitgehend geschlossen (ebd.: 135) und Erfolge – gemessen an den Zielen – bescheiden (ebd.: 150).
- Es besteht die Gefahr, dass die Argumente von *pro-migrant*-Organisationen für die Inklusion von MigrantInnen sich gegen diese wenden, da der Integrationsdiskurs eher den Interessen der Inkludierten denn denen der Exkludierten nachkommt (ebd.: 136).
- Viele Akteure reiten zwei Pferde gleichzeitig: sie üben eine recht fundamentale Kritik an der Politik der EU und sind an ihr beteiligt (ebd.).
- Eine europäische Harmonisierung wird von *pro-migrant*-Gruppen als Teil der Lösung und nicht des Problems gesehen (ebd.: 174), die EU-Kommission wurde daher zu einem der Hauptverbündeten (ebd.: 136).
- Der politische Erfolg von *pro-migrant*-Organisationen ist davon abhängig, ob es eine kohärente Agenda der Interessen von MigrantInnen, gekoppelt an Repräsentativität und Autorisierung durch diese gibt (ebd.: 137).
- Es gibt vier Wege der Repräsentation von MigrantInneninteressen: 1. den technokratischen über die EU-Kommission, 2. den demokratischen über das Europäische Parlament, 3. den interessensbasierten über Lobbygruppen und 4. einen juristischen Weg über den Europäischen Gerichtshof. Hinzu kommen nationale und subnationale Aktivitäten (ebd.: 137-150).

Ich teile Geddes' Analysen in den meisten Punkten, jedoch lässt er einige Aspekte unbeachtet. Geddes ist ausschließlich auf professionell arbeitende NGOs fixiert. Er geht von *top-down*-Prozessen aus, so dass die Tendenz besteht, *bottom-up*-Prozessen (z.B. dem Einfluss von sozialen Bewegungen und NGOs auf das *agenda-setting*) nicht ausreichend Bedeutung zuzumessen. Die strukturationstheoretische (Giddens) Kritik am Institutionalismus, dass die Wechselwirkungen zwischen Struktur und Handlung ins Auge gefasst werden müssten, führt Geddes zwar selber an (Geddes 2000: 40), berücksichtigt sie jedoch in seiner Analyse der Akti-

vitäten von *pro-migrant*-Organisationen zu wenig (vgl. ebd.: 131-151). Das Verhältnis von NGOs und Mitgliederbasis, z.B. Legitimation und Protestmobilisierung, wird meines Erachtens nicht angemessen problematisiert. Ebenso wenig erwähnt er, ob und wie MigrantInnen in den genannten NGOs und Initiativen beteiligt sind, oder ob MigrantInnen in EU-Organen arbeiten, die sich für MigrantInnen einsetzen. Aufgrund der Relevanz von personellen Netzwerken in der EU, wie sie für den Bereich der Frauenpolitik beispielsweise nachgewiesen wurden, sind diese Fragen jedoch zu stellen. Geddes führt wiederholt eine auf drei Themen beruhende »Agenda der MigrantInneninteressen« an: 1. Freizügigkeit, 2. transferierbare soziale Rechte, 3. Antidiskriminierung (ebd.: 173). Welche Themen haben jedoch keinen Eingang gefunden in diese Agenda? Worin liegen die Ursachen? Auch geschlechtsspezifische Aspekte finden keine Berücksichtigung. Diese Ausblendung ist insofern verwunderlich, da aus institutionalistischer Perspektive interessant ist, dass die EU gerade für frauenspezifische Belange eine vergleichsweise offene politische Gelegenheitsstruktur bereitstellt und sich Allianzen zwischen MigrantInnen- und Frauenorganisationen bilden.

Resümee des Forschungsstandes

Zur Strukturierung des lobbypolitischen Terrains in der EU liegen einige Arbeiten vor, insbesondere aus der europäischen Integrationsforschung und der Migrationsforschung. Alle Forschungsrichtungen weisen allerdings Schwierigkeiten auf, politische Mobilisierungen von Personen zu erklären, denen wesentliche Rechte und Möglichkeiten der Repräsentation und Artikulation genommen sind. Am ehesten lässt sich hier erstens an Arbeiten aus der Bewegungsforschung anknüpfen, die die Mobilisierungspotenziale von Armen und Unterprivilegierten untersuchen, und zweitens an Arbeiten aus der Migrationsforschung, die sich mit sozialen Netzwerken und transnationalen sozialen Räumen befassen. In diesen Arbeiten werden Ressourcen und Handlungszusammenhänge von MigrantInnen aufgezeigt, die nicht zwangsläufig an einen legalen Aufenthaltsstatus geknüpft sind. Des Weiteren ist es wichtig, Geschlechterverhältnisse zu berücksichtigen, sie aber nicht als additive, sondern als integrierte Perspektive zu betrachten, die systematisch bei der Problem- und Fragestellung, der Gegenstandsbestimmung und Kategorienbildung einzubeziehen ist. In diesem Sinne begreife ich Geschlecht als soziale Konstruktion und als Strukturkategorie (Ursula Beer 1990). Demnach sind Frauen und Männer dreifach und widersprüchlich industriekapitalistisch, patriarchal sowie in den Nationalstaat der Moderne vergesellschaftet (Becker-Schmidt 1985, Lenz 1995). Diese Perspektive ist geeig-

net, die Kategorien Geschlecht, Klasse und Ethnizität zu erfassen. Arbeiten aus der migrationsbezogenen Frauen- und Geschlechterforschung tragen dazu bei, Migrantinnen sichtbar zu machen sowie Hierarchien, soziale Konstruktionen und die Vielschichtigkeit von Macht wahrzunehmen und zu analysieren. Zugleich machen sie darauf aufmerksam, dass ein Migrationshintergrund oder die Zugehörigkeit zur Geschlechterkategorie Frau nicht per se als Defizit, sondern auch als Ressource denkbar ist.

Im Folgenden werden schrittweise Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Forschungstraditionen und Ansätzen vorgenommen. Erst der Blick auf die unterschiedlichen und sich oft überlappenden Dimensionen ermöglicht die Analyse politischer Mobilisierungen von MigrantInnen. Ein Beispiel dafür sind in Privathaushalten arbeitende Migrantinnen: Ihr Beschäftigungssektor ist durch transnationale Entwicklungen strukturiert, sie bewegen sich in transnationalen Netzwerken und sind etwa durch Rücküberweisungen Teil transnationaler ökonomischer Netzwerke, praktizieren transnationale Formen von Mutterschaft und versuchen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen durch informelle und organisierte transnationale Netzwerke zu verbessern. Die aus der Bewegungsforschung kommende Analyse betrachtet ausschließlich die politischen Artikulationen von Haushaltsarbeiterinnen, wodurch ihre spezifischen transnationalen Netzwerke und sozialen Eingebundenheiten verloren gehen. Umgekehrt finden in der transnational orientierten Migrationsforschung politische Aktivitäten häufig nur eine kurze Erwähnung als eine unter vielen transnationalen Praktiken. Die Kooperation mit anderen politischen Akteuren oder die Bezugnahme auf internationale Normen finden so kaum Berücksichtigung.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass zwei verknüpfende Elemente zwischen den Transnationalisierungsdiskussionen in der Migrationsforschung und der Bewegungsforschung die soziologischen Termini der sozialen Netzwerke und des sozialen Kapitals sind. Sie bilden einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Mobilisierungen und ihren sozialstrukturellen Voraussetzungen. Es ist die Stärke transnationaler Ansätze, Faktoren auf der Mesoebene wie Netzwerke und Gruppen in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen. Dennoch ist es für die Analyse politischer Mobilisierungen unabdingbar, auch die Makroebene gesellschaftlicher Strukturen sowie Mikromobilisierungsprozesse auf der Ebene der Individuen zu berücksichtigen. Hier lässt sich gewinnbringend auf weitere Ansätze der Bewegungsforschung zurückgreifen. Die Ansätze müssen zudem auf verschiedenen institutionellen Ebenen greifen: Zum einen sollen sie erklären, wie Individuen und Gruppen aus einer Position relativer Machtlosigkeit und in der Regel außerhalb von Institutionen –

klassische »schwache Interessen« – Handlungsfähigkeit entwickeln können. Zum anderen sollen auch advokatorische Aktivitäten in oder am Rande von (internationalen) Organisationen und Institutionen erfasst werden. Das heißt das Spektrum der Aktivitäten ist recht breit und umfasst sowohl sehr prekäre politische Mobilisierungen als auch professionelle Lobbypolitik. Die Bewegungsforschung wird vor allem Ersterem gerecht, in der europäischen Integrationsforschung finden sich Ansätze, die geeignet sind, Lobbypolitik zu analysieren.

Die Analyse politischer Mobilisierungen

Der Forschungsüberblick hat den Nutzen einer Kombination der Ansätze *framing*, Ressourcenmobilisierung und gesellschaftlicher Kontextstrukturen aufgezeigt.² Politische Interaktionsdynamiken können so unter Berücksichtigung materieller Voraussetzungen und institutioneller Rahmenbedingungen analysiert werden.

Die Bedingungen politischer Mobilisierung

Die Grundidee des Konzeptes gesellschaftlicher oder politischer Kontextstrukturen ist, dass soziale Bewegungen in einer Umwelt entstehen und agieren, welche ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten begünstigt oder einschränkt und auf welche die Bewegungen nur begrenzt Einfluss haben (Rucht 1994: 93, 295). Das Augenmerk der ForscherInnen gilt nicht primär den sozialen Bewegungen selbst und ihren internen Strukturen, sondern, ausgehend von zeitlich eher invarianten ländertypischen Befunden, den Handlungsvoraussetzungen. Somit setzt das Konzept deutlich andere Akzente als jene Ansätze, welche die internen Vorgänge als wesentlich ansehen, wie z.B. der Ressourcenmobilisierungsansatz. Sidney Tarrow, der den Begriff der *political opportunity structure* prägte, definiert diese als »konsistente – jedoch nicht notwendig formale oder dauerhafte – Parameter für soziale oder politische Akteure, die ihre Aktionen entweder ermutigen oder entmutigen« (Tarrow 1991: 651, Tarrow 1994: 18).³ Politische Gelegenheitsstrukturen sind nicht statisch ge-

2 Die drei Ansätze galten lange als unvereinbar (vgl. Hellmann 1998, Klein/Legrand/Leif 1999, Koopmans 1998). Seit Mitte der 1990er Jahre werden Versuche der Theoriekommunikation und -synthese unternommen (bspw. McAdam/McCarthy/Zald 1996).

3 Dieter Rucht konkretisiert den Begriff der Strukturen als »Institutionen, Verfahren, Verhaltens- und Einstellungsmuster, die durch Faktoren auf

geben, sie können zum Beispiel durch kollektives Handeln beeinflusst werden (Tarrow 1991: 653ff.). Es kristallisieren sich vier Variablen in den Ansätzen politischer Gelegenheitsstrukturen als zentral heraus (bspw. Kriesi 1995, Tarrow 1994: 92ff., Rucht 1994: 296f.):

1. Die Geschlossenheit/Offenheit des politischen Zugangs gegenüber der Partizipation von Gruppen (in-/formelle Zugangsmöglichkeiten, Repression, korporatistische Einbindung von Interessen, De-/Zentralisierung, Parteien- und Wahlsystem);
2. die Stabilität politischer Bindungen (z.B. Wahlverhalten);
3. die Existenz einflussreicher Verbündeter;
4. gesplante Eliten, durch die kollektiver Protest ermutigt werden kann.

Zwischen der Ausprägung von Gelegenheiten und dem Auftreten von Protest besteht kein linearer Zusammenhang (›je mehr x, desto mehr y‹), sondern Protest ist bei geschlossenen und sehr offenen Gesellschaften eher unwahrscheinlich – aber nicht unmöglich.

Bezogen auf die Organisation von MigrantInnen müssen weitere Faktoren – sowohl in Herkunfts- als auch in Zielländern – Berücksichtigung finden. Sie umfassen beispielsweise supra-/nationale Migrations- und Asylregime (Gesetzgebung, Durchlässigkeit von Staatsbürgerschaft/*citizenship*, Antidiskriminierungs- und Integrationspolitiken etc.), Sozialpolitiken (bspw. Rententransfersysteme, Versicherungswesen, Gesundheitsversorgung) und finanzielle Transfermöglichkeiten. Da die Offenheit des politischen Systems nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel StaatsbürgerInnen, gelten kann, sind die Aspekte einflussreicher Verbündeter und gesplanter Eliten ein wichtiger Faktor bei der Analyse der Selbstorganisation von MigrantInnen.

Es ist an dieser Stelle sinnvoll, den von Bob Jessop geprägten staats-theoretischen Begriff der »strategischen Selektivität« (Jessop 1990: 260ff.) in die soziale Bewegungstheorie einzuführen, da dieser zum besseren Verständnis des spezifischen Zugangs, der Resonanz und des Erfolgs von Bewegungsanliegen beiträgt. Die verschiedenen staatlichen Ebenen, als wichtiger Teil der politischen Gelegenheitsstruktur, sind durch strategische Selektivität gekennzeichnet, das heißt der Staat ist einigen politischen Strategien und Akteuren gegenüber offener als anderen. Jessop kommt unter anderem zu der Einsicht, dass der Staat sowohl der Ort, Produzent als auch das Ergebnis von Strategien ist. Er erläutert den Begriff der strategischen Selektivität wie folgt:

»[T]he state system is the site of strategy. It can be analysed as a system of strategic selectivity, i.e. as a system whose structure and modus operandi are more

der Makroebene geprägt sind und innerhalb eines längeren Zeithorizonts relativ konstant bleiben« (Rucht 1994: 304).

open to some types of political strategy than others. Thus a given type of state, a given state form, a given form of regime, will be more accessible to some forces than others according to the strategies they adopt to gain state power; and it will be more suited to the pursuit of some types of economic or political strategy than others because of the modes of intervention and resources which characterize that system« (Jessop 1990: 260, Herv. i. Orig.).

Dass etwa bestimmte von MigrantInnen artikuliert migrationsbezogene Politikinhalte in Staat und Gesellschaft auf Zustimmung, andere auf Widerspruch stoßen, lässt sich vor dem Hintergrund des Konzepts der strategischen Selektivitäten besser verstehen. Über die Ursachen spezifischer strategischer Selektivitäten gibt dann die Analyse der gesellschaftlichen Kontextstrukturen Auskunft.

Das *political opportunity structure*-Konzept weist in seiner ursprünglichen Form einige Schwächen auf (vgl. Rucht 1994: 302-313): Das Konzept bleibt auf Bewegungen beschränkt, die sich vor allem auf den institutionalisierten Politikbetrieb richten. Zudem ist es wenig prozesshaft und zeitlich angelegt. Es besteht die Gefahr, dass die Variablen konzeptionell unverbunden bleiben und, wie bei einigen AutorInnen geschehen, einfach addiert werden. Daher plädiert Rucht für ein breiter angelegtes Konzept, in dem politische durch ökonomische und soziokulturelle Strukturen ergänzt werden. Er reformuliert das Konzept der »politischen Gelegenheitsstrukturen« als »gesellschaftliche Kontextstrukturen«. Den Begriff der Gelegenheitsstruktur hat er durch den der Kontextstruktur ersetzt, da Chancen oder Gelegenheiten (*opportunities*) eher vorübergehende Bedingungen bzw. Konstellationen erwarten lassen. Rucht, wie auch Gamson und Meyer (Gamson/Meyer 1996), unterscheiden zwischen zwei Zeithorizonten: stabile Strukturen (unabhängige Variablen) bleiben über einen bestimmten Betrachtungszeitraum über Jahre oder Jahrzehnte stabil, das heißt soziale Bewegungen müssen die stabilen Faktoren in ihrem Handeln als gegeben betrachten; konjunkturelle Strukturen (abhängige Variablen) können innerhalb des Betrachtungszeitraums unterschiedliche Ausprägungen annehmen, sie bilden die Determinanten für den Wandel von Mobilisierungen, Taktiken und Wirkungen und fallen somit in das Zeit- und Zielkalkül der Bewegungen. An dieser Stelle würde der Begriff der Gelegenheiten, die kommen und gehen, zutreffen. Bei der Analyse sozialer Bewegungen sind beide Strukturebenen zu berücksichtigen. Hier bestehen theoretische und methodische Überschneidungen zu prozessorientierten Theorien, die diese dynamische Seite der Bewegungskontexte analysieren. Die Unverbundenheit der Variablen lässt sich nach Rucht erst durch eine »ausgearbeitete und gesellschaftstheoretisch fundierte Politische Soziologie beheben« (Rucht 1994: 307). In deren Ermangelung schlägt er drei Dimensionen

unabhängiger Variablen vor: die Regimestruktur als institutionell verankerte politische Ordnungs- und Steuerungsform, die Struktur der etablierten Interessenvermittlung in Form von Parteien und Verbänden sowie kulturelle Muster, die als »eine Art ›Software‹ [den] Strukturen erst Sinn verleihen« (ebd.: 308). Da ich die Ruchtsche Kritik des ursprünglichen Konzeptes teile und seine Reformulierung wichtige Ergänzungen für die Analyse der Selbstorganisation von MigrantInnen enthält – beispielsweise die Relevanz ökonomischer und soziokultureller Strukturen –, lege ich meinen Analysen im Wesentlichen diesen Ansatz zu Grunde. Allerdings erfordern einige Aspekte, auf die ich nun eingehe, weitere Überlegungen und Konkretisierungen zur Verknüpfung der transnationalen Migrations- und Bewegungsforschung.

Die Rahmung von Aktivitäten: Das *Framing*-Konzept

Das *framing*-Konzept stellt in dieser Arbeit einen wichtigen Bezugspunkt dar (vgl. Benford/ Snow 2000). Als *framing* wird ein seit Mitte der 1980er Jahre entwickelter theoretischer und methodischer Ansatz zur Erforschung von Mobilisierungsprozessen sozialer Bewegungen bezeichnet. *Framing* bedeutet Rahmung, das heißt es geht um die Herstellung und Beschaffenheit von Deutungsrahmen. Es werden die Möglichkeiten und Prozesse fokussiert, wie soziale Bewegungen ihre Anliegen artikulieren, präsentieren und nach Außen wie Innen mit Legitimation und Sinn versehen. Mit dem *framing*-Ansatz sollen – so die Begründer des Ansatzes David Snow und Robert Benford – drei Defizite der damaligen Bewegungsforschung, vor allem psychofunktionalistische und Ressourcenmobilisierungs-Ansätze, korrigiert werden: »They neglect the process of grievance interpretation; they suggest a static view of participation; and they tend to over-generalize participation-related processes« (Snow et al. 1986: 465). Snow et al. heben demgegenüber hervor, dass die An- oder Abwesenheit von Missständen nicht als solches zu Mobilisierungen führt, sondern die Art und Weise, in der diese Missstände interpretiert und inwiefern diese Interpretationen breiter bekannt gemacht werden (ebd.: 466). Die Entscheidung, sich einer sozialen Bewegung anzuschließen, ist kein einmaliger Akt und automatisch auf Dauer angelegt, sondern bedarf wiederholter Neuüberlegungen (ebd.: 467). Es muss zudem berücksichtigt werden, dass die Entwicklungen bewegungsspezifisch sind und auch Miss-/Erfolge je nach Bewegung variieren. Aus diesen Überlegungen heraus kommen Snow und Benford zu der Überzeugung, dass prozess- und aktivitätenorientierte Ansätze, die die Mikro-, Meso- und Makroebene berücksichtigen, am besten geeignet sind, um Mobilisierungsprozesse sozialer Bewegungen zu analysieren. Für Her-

bert Kitschelt läutete der *framing*-Ansatz eine »subjektivistisch-diskursorientierte Wende« (Kitschelt 1999: 155) der neuen sozialen Bewegungsforschung ein, die an poststrukturalistische Perspektiven und das interpretative Paradigma anknüpft. Diese Einschätzung weist auf das Problem hin, die Deutungsarbeit einer sozialen Bewegung nicht mit deren tatsächlichen Aktivitäten oder deren Wirkungsmächtigkeit gleichzusetzen. Um der Idee des *framing*-Ansatzes gerecht zu werden, ist ein Blick auf die historische Genese hilfreich.

Seinen begrifflichen und konzeptionellen Ursprung hat der Ansatz in Erving Goffmans »Rahmen-Analyse« (Goffman 1993 [1974]), welche der Organisation der Interpretation und Sinnzuschreibung sozialer Wirklichkeit durch Individuen und Gruppen auf die Spur kommen will. »Man tendiert dazu, Ereignisse im Sinne primärer Rahmen wahrzunehmen, die bestimmte Beschreibungen der Ereignisse liefern« (ebd.: 35). Ein primärer Rahmen dient dazu, »einen sonst sinnlosen Aspekt der Szene zu etwas Sinnvollem« (ebd.: 31) zu machen. Goffman unterscheidet natürliche und soziale primäre Rahmen. Der natürliche primäre Rahmen identifiziert Ereignisse, die einem vollständigen Determinismus unterliegen und nicht durch absichtsvoll Handelnde vollzogen werden (z.B. Naturgesetzmäßigkeiten gehorchen). Der soziale primäre Rahmen hingegen liefert einen »Verständnishintergrund für Ereignisse, an dessen Wille, Ziel und steuerndes Eingreifen einer Intelligenz [...] beteiligt sind. [...] Es kommen Motive und Absichten ins Spiel, deren Unterstellung die Auswahl eines der möglichen sozialen Rahmen erleichtert« (ebd.: 32). Goffman stellt als Arbeitshypothese auf, dass »die Handlungen des täglichen Lebens verstehbar sind wegen eines (oder mehrerer) primärer Rahmen, die ihnen einen Sinn verleihen, und daß die Aufdeckung dieses Schemas weder eine triviale noch [...] eine nicht zu bewältigende Aufgabe ist« (ebd.: 36). Diese Überlegungen lassen sich auf bestimmte Aspekte der Analyse sozialer Bewegungen sehr gut übertragen. Schließlich gehört es zu den Zielen sozialer Bewegungen, potenzielle AktivistInnen zu mobilisieren, Sympathie und Unterstützung von ZuschauerInnen zu gewinnen und GegnerInnen zu demobilisieren. Dazu bedarf es der Bereitstellung von primären sozialen Rahmen bzw. Interpretationsangeboten, damit die Anliegen der Bewegung als die wahrgenommen werden, als die sie intendiert sind. Soziale Bewegungen betätigen sich somit als Konstrukteure sozialer Wirklichkeit. Dabei können soziale Bewegungen vorhandene Deutungsrahmen aufgreifen, neue konstruieren oder verschiedene bereits vorhandene neu zusammensetzen oder kombinieren.

Auch in der Ethnizitäts- und Migrationsforschung sind *framing*-Prozesse relevant. Mit dem Konzept des *framing* lassen sich die zentralen Prozesse ethnischer *community*-Formierung beschreiben. Gruppen von

MigrantInnen oder Personen in einer Minderheitenposition reflektieren selbstbewusst, und möglicherweise auch strategisch, ihre Identitäten, definieren symbolisch Gruppengrenzen und organisieren sich entlang dieser Grenzen politisch (Vertovec 2003: 655). Weiterhin lässt sich mit Hilfe des *framing*-Modells beschreiben, wie transnationale MigrantInnen beständig Kontexte und Werte zweier Gesellschaften für sich passend machen, indem sie sie entsprechend rahmen (ebd.: 656). Die Wege, wie MigrantInnen Identitäten konstruieren, sich politisch darauf beziehen, welche symbolischen und sozialen Kapitalien dazu eingebracht werden und welche sozialen Netzwerke daran beteiligt sind, können also mit dem *framing*-Konzept gut erfasst werden. Insofern ist das *framing*-Konzept dazu geeignet, die angestrebte Verknüpfung der Transnationalisierungsdiskussion in der Migrations- und der sozialen Bewegungsforschung zu befördern.

Zu den Stärken des *framing*-Ansatzes in der Bewegungsforschung gehört es meines Erachtens erstens, die Spannweite an Möglichkeiten der Auswahl zwischen *frames* auszuloten und zu erklären, wie und mit welchen Themen und Strategien eine Bewegung sich der Öffentlichkeit präsentiert. Dies betrifft vor allem die Phase der Politikformulierung und der daraus resultierenden Strategieentwicklung. Er ist zweitens geeignet, historisch wie auch zwischen verschiedenen Bewegungen vergleichend zu analysieren. Drittens wird der Fokus nicht allein auf Veröffentlichungen und Verlautbarungen, sondern auch auf die Aktivitäten und Aktionsformen einer sozialen Bewegung gelegt.

Eine zentrale Schwäche des *framing*-Ansatzes ist hingegen, dass es nur in Ansätzen möglich ist, den Erfolg von *frames* adäquat zu bestimmen. Das Konzept der *frame resonance* ist dafür zwar ein wichtiger Ausgangspunkt, jedoch lässt sich nicht gesichert feststellen, ob der Miss-/Erfolg einer Bewegung an der Qualität des *frames* oder an strukturellen Bedingungen liegt (Koopmans 1998: 220). Um diesem Defizit sowie der Gefahr der Überschätzung der Konstruktionsleistungen sozialer Bewegungsakteure zu entgehen, plädiere ich für eine reflektierte Kombination mit dem strukturorientierten Ansatz politischer Gelegenheitsstrukturen sowie mit der Frage der Mobilisierung von Ressourcen.

Die Mobilisierung von Ressourcen

Der Ansatz der Ressourcenmobilisierung wurde in den 1970er Jahren vor allem von McCarthy und Zald entwickelt (McCarthy/Zald 1973) und gehört seitdem zum Repertoire der Erforschung sozialer Bewegungen. Hauptannahme des Ansatzes ist, dass eine Bewegung Ressourcen mobilisieren muss, bevor Aktivitäten stattfinden und Ziele erreicht werden

können. Als Ressourcen gelten z.B. Geld, bezahlte und ehrenamtliche Arbeitskraft, Infrastruktur für Bewegungsaktivitäten und Legitimation. Die Mobilisierung umfasst unter anderem die Aktivierung von Netzwerken, die Herstellung von Motivation, die Ausbildung von Potenzialen und die Beseitigung von Partizipationsbarrieren. Die Ressourcen sind in der Hand von Individuen und Institutionen, zudem können Gegenbewegungen und Amtsbefugnisse (z.B. Polizei, Stadtverwaltung) versuchen, sozialen Bewegungen Ressourcen vorzuenthalten und zu kontrollieren (McCarthy/Zald 1977: 1222). Nicht zuletzt werben eine Reihe von sozialen Bewegungssektoren um die Ressourcen potenzieller Aktiver. Eine Bewegung muss also Anstrengungen unternehmen, um diese Ressourcen – möglichst auf Dauer – zu mobilisieren. Insofern gelten Aktivitäten von Protestgruppen als Ergebnis organisierter Bemühungen und nicht wie in früheren Ansätzen als emotional begründeter Aufstand unterdrückter oder unzufriedener Bevölkerungsteile.

Auch in der Migrationsforschung lohnt es sich, mit dem Konzept der Ressourcenmobilisierung zu arbeiten, insbesondere wenn es um die Herstellung sozialer und politischer Mobilisierungsfähigkeit oder die Analyse kollektiver Ressourcenmobilisierung über lange Wege und Zeiträume geht. Ich gehe nicht davon aus, dass Ethnizität als solche eine Ressource ist, sondern unter bestimmten Bedingungen dazu werden kann. Ein Teil der transnationalen Praxen von MigrantInnen ist mit Hilfe des Ressourcenmobilisierungsansatzes gut zu beschreiben, weil er ein Instrumentarium bietet, die Aspekte der Mobilisierung und die Formen der Ressourcen begrifflich zu differenzieren. Auf die für die Mobilisierung relevanten Kapitalarten, die ich mit Pierre Bourdieu unterscheide, gehe ich im weiteren Verlauf des Kapitels näher ein.

Mit der Fokussierung auf Gruppen, Organisationen und informelle Netzwerke bewegt sich das Konzept auf der Mesoebene, obgleich den Annahmen ökonomisch rational abwägende Individuen zu Grunde liegen. Der Ansatz der Ressourcenmobilisierung geht von ökonomischen Vorstellungen der Konkurrenz um knappe Güter und damit verbundenen Rationalitätsvorstellungen aus. Potenzielle AktivistInnen wägen demnach Kosten und Nutzen ihres Engagements ab. Fraglich ist allerdings, ob ehrenamtliches Engagement, das teils mit hohen individuellen Kosten und wenig direktem Nutzen verbunden ist, adäquat erklärt werden kann. In den Ansätzen ist zudem angelegt, den Blick auf die sozialen Bewegungsorganisationen (McCarthy/Zald 1994: 20), das heißt die gut organisierten Bereiche einer sozialen Bewegung, zu werfen. Folglich bleiben eher informelle Bewegungselemente unberücksichtigt. Die Kritik daran, vor allem von Seiten der Geschlechterforschung, hat zur Berücksichtigung weiterer Faktoren – etwa gesellschaftlicher Rahmenbedingun-

gen und sozialpsychologischer Faktoren wie Solidarität und Identitätsbildung – geführt (vgl. Marx Ferree 1992).

Trotz dieser Einwände ist der Ressourcenmobilisierungs-Ansatz dazu geeignet, mit der Mobilisierung personeller, ideeller und finanzieller Ressourcen wichtige Dimensionen politischer Mobilisierung zu erfassen, die in anderen Ansätzen wie dem *framing*-Ansatz oder dem *political opportunity structure*-Ansatz nur am Rande Berücksichtigung finden. Es gibt zudem enge Verknüpfungen zwischen den Dimensionen, die von anderen Ansätzen betont werden. So kann ein zu allgemeines oder zu spezialisiertes *framing* einer Bewegung zu Schwierigkeiten bei der Ressourcenmobilisierung führen, da sich nur wenige Personen motiviert fühlen, in die Bewegung Zeit und Geld zu investieren. Ebenso nachvollziehbar ist der Einfluss gesellschaftlicher Kontextstruktur, etwa das politische Klima oder die Offenheit politischer Eliten für Bewegungsanliegen auf die Möglichkeiten einer Bewegung, Ressourcen zu mobilisieren. Insofern lassen sich mit dem Ressourcenmobilisierungs-Ansatz Prozesse der »interaction between resource availability, the preexisting organization of preference structures, and entrepreneurial attempts to meet preference demand« (McCarthy/Zald 1977: 1236) fassen.

Verknüpfende Elemente

Nachdem in die bewegungstheoretischen Grundlagen eingeführt wurde, werden nun vier Aspekte bearbeitet, die speziell die Analyse politischer Mobilisierungen von MigrantInnen und *pro-migrant*-Organisationen in der Europäischen Union betreffen: die Frage der Transnationalisierung in der Bewegungsforschung, der Einfluss der Europäischen Union auf Mobilisierungen, der Stellenwert von Lobbyarbeit in den Aktivitäten nicht-staatlicher Gruppierungen sowie die Spezifika der TrägerInnenschaft der Mobilisierungen im Konfliktfeld irregulärer Migration.

Transnationalisierung und die Bewegungsforschung

Die Bewegungsforschung fokussierte lange fast ausschließlich auf den Nationalstaat bzw. arbeitete ländervergleichend. Dies schlägt sich in den klassischen Ansätzen nieder. Sie versuchen, die Aktivitäten von Bewegungen vor allem mit den Bedingungen in den jeweiligen Nationalstaaten zu erklären. Diese Verkürzungen können als »methodologischer Nationalismus« (Smith, A. D. 1979, Wimmer/Glick Schiller 2002: 301) bezeichnet werden. Für die Analyse der politischen Mobilisierung von MigrantInnen in der EU bedürfen diese Ansätze zumindest einer Revisi-

on: Schließlich sind die Akteure durch ihre biografischen Erfahrungen und politischen Interessen grenzüberschreitend orientiert. Die Problemlagen beschränken sich nicht auf Fragen nationalstaatlicher Integration oder auf lokale Lebensbedingungen, sondern haben oftmals einen grenzüberschreitenden Charakter, thematisieren Grenzübertritte und richten sich an Adressaten in mindestens zwei Staaten. Die Aktivitäten finden in der Regel auf lokaler oder nationaler Ebene statt, jedoch sind koordinierte Aktivitäten in mehreren Staaten oder an den Grenzen nicht außer Acht zu lassen, wenn der spezifische Charakter der Mobilisierung erfasst werden soll. Das Gleiche gilt für die Mobilisierung von Ressourcen oder die Herstellung von Öffentlichkeit in mehr als nur dem Immigrationsland. Damit werden Kriterien erfüllt, die den Charakter der Transnationalität ausmachen.

In der sozialen Bewegungs- und Policyforschung gibt es derzeit verschiedene Versuche, Entwicklungen jenseits des klassischen nationalstaatlichen Bezugsrahmens auf den Begriff zu bringen und konzeptionell zu fassen. Ich verwende den Begriff der ›(transnationalen) politischen Mobilisierung‹. Diesen Begriff ziehe ich dem des »transnationalen Protests« (Rucht 2001), der »transnationalen Streitpolitik« (Eder 2001) bzw. der »transnationalen sozialen Bewegung« (Tarrow 2001b) sowie der »*transnational advocacy networks*« (Keck/Sikkink 1998) und »*advocacy coalitions*« (Sabatier 1993) vor. Er ist geeigneter, die Bandbreite der politischen Aktivitäten – von institutionalisierter Lobbypolitik bis hin zu prekären Formen – zu erfassen, die sich nicht immer als soziale Bewegung oder Protest manifestieren. Der Begriff der sozialen Bewegung wurde mit Recht einer definitorischen Begrenzung unterzogen, um nicht der Beliebigkeit anheim zu fallen.⁴

Klaus Eder (2001) stellt fest, dass Bewegungshandeln – insbesondere in der EU – nicht mehr nur klar außerhalb von Institutionen zu finden ist, sondern dass die Institutionen sich Legitimation und Anerkennung durch Zustimmung zu beschaffen versuchen. Dies stellt eine wichtige Perspektivverschiebung gegenüber einer allein auf außerinstitutionelle Arenen fokussierten Bewegungsforschung dar, jedoch erscheint mir der gewählte Begriff der ›Streitpolitik‹ wenig passend, da gerade die Einflussnahme durch Lobbypolitik selten durch Streit geprägt ist, sondern

4 In der klassischen Definition von Raschke ist eine soziale Bewegung ein »mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen« (Raschke 1985: 77).

vielmehr durch Konsens und Kompromiss. Auch die Bezeichnung der *transnational advocacy networks* (Keck/Sikkink 1998)⁵ sollte meiner Ansicht nach nicht vorschnell verwendet werden bzw. als Begrifflichkeit an den Anfang einer Analyse gestellt werden. Vielmehr kann es das Ergebnis einer Akteursanalyse sein, dass in einem Politikfeld diese themenspezifischen Netzwerke und Koalitionen aus außerinstitutionellen und institutionellen AkteurInnen existieren. Sabatiers Ansatz der *advocacy coalitions* (Sabatier 1993)⁶ ist meiner Ansicht nach zu institutionen- und staatsfixiert und schließt zu einem großen Teil Perspektiven und Aktivitäten sozialer Bewegungen aus. Für die Analyse sozialen Bewegungshandelns in der Migrationspolitik der EU sind beide Ansätze von Keck/Sikkink und Sabatier daher nur bis zu einem gewissen Grad interessant: Sabatiers Herangehensweise ermöglicht die Analyse der Akteurskonstellation und möglicherweise konkurrierender Koalitionen. Die Stärke des Ansatzes von Keck und Sikkink liegt in der genauen Beobachtung des Agierens nichtstaatlicher Akteure auf internationaler Ebene im Verhältnis zu anderen Akteuren. Beide Ansätze stoßen dort an ihre Grenzen, wo für konträre Positionen ähnlich agile Netzwerke bzw. machtvollen Koalitionen zu identifizieren sind und als Folge der *policy outcome* nicht zu erklären ist. Eine weitere Grenze des Ansatzes ist erreicht, wenn das Bewegungshandeln nicht auf die Veränderung staatlicher Politik konzentriert ist. Dies könnte der Fall sein, da ein Kurswechsel der europäischen Asyl- und Migrationspolitik als unwahrscheinlich erachtet wird und statt dessen die erfolgreiche Umgehung des europäischen Grenzregimes im Vordergrund des vernetzten und kollektiven Handelns steht. Beide Ansätze betrachten somit fast ausschließlich Elitenhandeln, dessen potenzieller Erfolg in den meisten Fällen für die Betroffenen nicht direkt spürbar ist, sondern von den Advokaten an diese kommuniziert werden muss.

-
- 5 Die Akteure transnationaler *advocacy*-Netzwerke umfassen v.a. nichtstaatliche Forschungs- und *advocacy*-Organisationen, soziale Bewegungen, Stiftungen, Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Intellektuelle, Teile regionaler oder internationaler Organisationen sowie Teile der Exekutive und der Parlamente (Keck/Sikkink 1998: 9).
 - 6 Eine *advocacy coalition* umfasst Personen (u.a. Abgeordnete, Beamte, Interessengruppen, JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen), die normative und kausale Annahmen sowie Problemperzeptionen (»belief systems«) teilen und gemeinsame Aktivitäten entwickeln (Sabatier 1993: 120f., 127). In einem Subsystem können sich konkurrierende Koalitionen bilden. Sabatier versucht damit *policy*-Wandel in einem Subsystem zu erklären.

Da wir es also vor allem auf transnationaler und europäischer Ebene mit Phänomenen zu tun haben, auf welche die Definition sozialer Bewegungen nicht eindeutig zutrifft und Bewegungshandeln in vielen Fällen nicht allein durch Konfrontation und Streit geprägt ist, präferiere ich den Begriff der (transnationalen) politischen Mobilisierung.

Politische Mobilisierungen in der EU

Die Europäische Integration übt auf WissenschaftlerInnen, die Transnationalisierungsprozessen interessiert, eine besondere Faszination aus. Sie wird nicht selten als Labor für auch andernorts zu erwartende Prozesse, etwa der steigenden Bedeutung von »nongovernmental forms of governance across borders« (Imig/Tarrow 2001c: 9), begriffen. Die Erwartungen bezüglich der zunehmenden transnationalen Orientierung auch und gerade von NGOS sind daher hoch. Umso ernüchternder fallen sowohl einige quantitative (Imig 2001, Imig/Tarrow 2001b)⁷ als auch qualitative (vgl. die anderen Beiträge in Imig/Tarrow 2001a) Studien zu verschiedenen Politikfeldern aus. Trotz des quantitativ geringen Anteils an europäischer Protestmobilisierung lassen sich qualitative Veränderungen im Hinblick auf AkteurInnen, Artikulations- und Interventionsformen feststellen.

Unter europäischer Protestmobilisierung verstehe ich »all incidents of contentious claims-making to which the EU or one of its agencies is in some way either the source, the direct target, or an indirect target of protests and the actors come from at least one member-state« (Imig/Tarrow 2001b: 32). Die Definition hat den Vorzug, die Breite der Mobilisierungen zu erfassen und dennoch das spezifisch Europäische zu benennen. Da mit der europäischen Integration ein Wandel der historisch eng an den (korporatistischen) Nationalstaat gekoppelten Interessenartikulation verbunden ist, ist es sinnvoll, auch die Akteursdefinition sozialer Bewegungen dieser Veränderung anzupassen und auf europäischer Ebene auch Gewerkschaften und Verbände zum Bewegungssektor zu rechnen

7 Ausgewertet wurden vierzehn Jahrgänge (1984-1997) der von der Nachrichtenagentur »Reuters« verbreiteten Meldungen (Imig 2001, Imig/Tarrow 2001b: 31). Sie identifizierten 9 872 Protestereignisse in der EU, davon entsprachen nur 490 den Kriterien für »Europäischen Protest« (ebd.: 36). Der Großteil der Proteste (82 Prozent) wurde von Farmern, Fischern und Minenarbeitern getragen, 18 Prozent von »nonoccupational groups« (ebd.: 39). 36,2 Prozent der Aktionen bezeichnen die Autoren als »confrontational protests« (z.B. Blockaden, *sit-ins*, Besetzungen) (ebd.: 44).

(Marks/McAdam 1996: 96f., vgl. auch Imig/Tarrow 2001c: 10).⁸ In der europäischen Integrationsforschung liegt, wie im Forschungsstand aufgezeigt, eine problematische Eliten- und Brüsselfixierung vor. Daher konzeptionalisiere ich den institutionell-politischen Raum der Europäischen Union in Anschluss an Imig und Tarrow als »*composite polity*«.⁹

»A system of political relations in which actors at various levels and in different geographical units within a loosely linked system face both horizontal and vertical interlocutors and find corresponding opportunities for alliance building across both axes« (Imig/Tarrow 2001c: 15).

Die Konzeption hebt den Prozesscharakter, die unterschiedlichen Akteure und ihre jeweiligen politischen Arenen deutlicher hervor als der auf etablierte Akteure gerichtete Begriff der Mehrebenenpolitik. Daher analysiere ich neben der im engeren Sinne europäischen Ebene der Brüsseler Lobbypolitik auch politische Mobilisierungen an den Rändern, den Grenzen, der EU und transnationale Aktivitäten von MigrantInnen, die über den territorial-politischen Raum der EU hinaus gehen.

Obwohl immer mehr Menschen die EU für Missstände verantwortlich machen, artikuliert sich der Protest weiterhin auf nationalstaatlicher Ebene – und über sowie gegen den Nationalstaat. Dies könnte somit zu einer umgekehrten Variante des von Keck und Sikkink beschriebenen Bumerangeffekts¹⁰ führen: Da bei sozialen Bewegungen die Annahme besteht, dass Veränderung nicht über die EU direkt zu erreichen ist, wird Druck auf den Nationalstaat ausgeübt, durch dessen Einfluss als Vertreter von StaatsbürgerInnen man sich positive Effekte auf die EU erhofft. Insofern bliebe Protest auf die Repräsentation von StaatsbürgerInnen begrenzt. Dies würde wiederum bedeuten, dass theoretische Positionen (etwa die Debatte um post-nationale Rechte), die gerade auf europäischer Ebene eine besondere Chancenstruktur für Drittstaatsangehörige (bspw. Kastoryano 1998, Soysal 1994) ausmachen, die Wirklichkeit nur unzureichend beschreiben.

8 Ähnlich wird auch von Seiten der Interessengruppen- und Verbändeforschung argumentiert, die starre Unterscheidung zwischen sozialen Bewegungsorganisationen, Interessenverbänden und LobbyistInnen gerade in Bezug auf die EU aufzuweichen.

9 Ursprünglich stammt der Begriff von Wayne te Brake und seinen Überlegungen zur Entwicklung einer europäischen Politik und Bürgerschaft von 1500 bis 1700 (Tarrow 2001a: 240ff.).

10 Staat A blockiert die Einflussnahme von NGOs, die aktivieren ein transnationales Netzwerk, dessen Mitglieder üben Druck auf den eigenen Staat und (falls notwendig) auch auf Internationale Organisationen aus, die wiederum Druck auf Staat A ausüben (Keck/Sikkink 1998: 13).

MigrantInnen als TrägerInnen politischer Mobilisierungen

Nachdem die Bedingungen und Politikformen (transnationalen) sozialer Bewegungsakteure diskutiert wurden, betrachte ich nun eine weitere Dimension transnationaler Prozesse: (irreguläre) MigrantInnen als TrägerInnen von politischen Mobilisierungen. Bei dieser müssen wie bei jeder anderen Trägergruppe Fragen nach den gruppenspezifischen Partizipationsmöglichkeiten und -barrieren gestellt werden. Im Konzept gesellschaftlicher Kontextstrukturen sollten, wie ausgeführt, auf Seiten der relativ stabilen und unabhängigen Variablen einige Ergänzungen vorgenommen werden, die die spezifische Ausgangssituation des politischen Handelns von MigrantInnen erfassen. Diese Ergänzungen betreffen beispielsweise den Staatsbürgerschaftstypus, das Grenz-, Asyl- und Migrationsregime und das Integrationsmodell von MigrantInnen. Im Folgenden fokussiere ich auf zwei Aspekte, die für meine Arbeit besonders bedeutsam sind: MigrantInnen, die irregulär Grenzen übertreten, und MigrantInnen, deren politisches Handeln sich über transnationale soziale Räume erstreckt.

GrenzgängerInnen als politische Subjekte

Der Grenzübertritt ist ein wichtiges Stadium der Migration. Eine These dieser Arbeit bezieht sich auf die herausragende Bedeutung von Grenzüberschreitungen für politische Mobilisierungsprozesse in der Europäischen Union. In diesem Abschnitt wird herausgearbeitet, welche spezifischen Subjektpositionen von MigrantInnen sich durch den irregulären Grenzübertritt ergeben und wie diese mit politischen Artikulationen vermittelt sind.

Grenzen sind von einer Reihe von widersprüchlichen Gleichzeitigkeiten gekennzeichnet: Sie gelten als Schutzeinrichtungen, gleichzeitig wird an ihnen Macht und Gewalt ausgeübt, zum Teil personale Gewalt gegenüber Personen, die irregulär die Grenze passieren wollen, und strukturelle Gewalt über die Konstruktion der Grenze als Grenze an sich. Grenzen dienen zudem als Marker für exklusive soziale, linguistische, ethnische etc. Identitäten, sie verhindern Kontakte und Austausch zwischen Individuen und Gruppen, verbinden aber auch. »Nowhere are these ambiguities more apparent than with respect to state borders« (O'Dowd 1998: 3). Grenzen werden, so Étienne Balibar, aufgrund der dort stattfindenden Aushandlungen zu Räumen des Politischen, obgleich sie an den Rändern von Staatsterritorien liegen. »This in fact means that borders are no longer the shores of politics, but have indeed become [...] objects or, let us say more precisely, things within the space

of the political itself« (Balibar 1998: 220). In diesen politischen Räumen treffen verschiedene Akteure aufeinander, BewohnerInnen der Grenzräume, Grenzbeamte, Reisende und MigrantInnen mit und ohne gültige Grenzübertrittspapiere. Daher sind Grenzen immer auch Räume, in denen Aushandlungen von »subordination and control« (Wilson/Donnan 1998: 10, vgl. auch Alvarez 1995: 448) vollzogen werden. Die Aushandlungen finden auf verschiedenen Ebenen statt, zwischen Staaten, zwischen Staaten und Individuen, zwischen Kollektiven innerhalb von Staaten und zwischen Individuen und anderen Individuen, die den Grenzübertritt ermöglichen. Ein Hinweis, warum Grenzen zu Räumen des Politischen werden, liegt in den Aktivitäten von Grenz- und damit NormverletzerInnen:

»Wie soziale Normen in einem metaphorischen Sinn Grenzen ziehen, so konstituieren territoriale Grenzen in einem ganz unmetaphorischen Sinn soziale Normen. Und damit auch Normbrecher. Grenzen produzieren nicht nur Staatsbürger und Ausländer, Immigranten und Emigranten, Ausgewiesene und Abgewiesene, sondern auch Grenzverletzer« (Kaufmann/Bröckling/Horn 2002: 7).

Solche Aushandlungsprozesse in Grenzräumen werden im Laufe der Arbeit weiter vertieft. An Grenzverläufen und in Grenzräumen finden, so meine These, Aushandlungskämpfe und Auseinandersetzungen über Zugehörigkeit und Ausschluss sowie Bedeutungen von Nation, Staat und *citizenship* statt. Um diese Aushandlungen von »subordination and control« (Wilson/Donnan 1998: 10), Macht- und Gewaltverhältnissen an Grenzverläufen theoretisch genauer zu fassen, möchte ich mit Überlegungen von Michel Foucault argumentieren. Ich halte seinen machtheoretischen Ansatz für meine Fragestellung insofern weiterführend, als dass er die Unabdingbarkeit von Macht herausarbeitet, zugleich aber auch subversive Praktiken und Widerstand von weniger Privilegierten denkbar macht. Für die Bewegungsforschung kann sein Ansatz somit fruchtbar gemacht werden. Foucault, der absichtsvoll Begriffe nicht abschließend definiert, sondern sich ihnen annähert, benennt als Bestandteile von Macht Kraftverhältnisse, Stützen der Macht, Prozesse der Auseinandersetzung sowie die Wirkungsweisen der Macht. Macht ist für Foucault

»die Vielfältigkeit von Kraftverhältnissen, die ein Gebiet bevölkern und organisieren; das Spiel, das in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen diese Kraftverhältnisse verwandelt, verstärkt, verkehrt; die Stützen, die diese Kraftverhältnisse aneinander finden, in dem sie sich zu Systemen verketteten – oder die Verschiebungen und Widersprüche, die sie gegeneinander isolieren; und schließlich die Strategien, in denen sie zur Wirkung gelangen und deren große Linien und institutionelle Kristallisierungen sich in den Staatsapparaten,

in der Gesetzgebung und in den gesellschaftlichen Hegemonien verkörpern« (Foucault 1985 [1977]: 113f.).

Weiterhin ist für den machththeoretischen Ansatz von Foucault wichtig, dass »weder die Souveränität des Staates, noch die Form des Gesetzes« (Foucault 1985 [1977]: 113) ursprüngliche Gegebenheiten, sondern »Endformen« (ebd.) von Macht sind. Machtverhältnisse treten jedoch oft als ursprüngliche Gegebenheit auf.¹¹ Bezogen auf die Fragestellung dieser Arbeit trifft das auch auf den Verlauf von Grenzen und das Ziel der kontrollierten Durchlässigkeit von Grenzen zu. Relevant an der obigen Begriffsbestimmung Foucaults von Macht ist weiterhin der Hinweis, dass Macht an einen Raum – hier den Grenzraum – gebunden ist und nicht frei schwebt, sondern in »ihrer historischen und geographischen Eigentümlichkeit zu lokalisieren« (Foucault 1999: 177) ist. Grundlegend für Foucaults Machtbegriff ist auch, dass die Macht nicht »einfach da ist«, sondern ein Verhältnis zwischen Individuen oder Gruppen bezeichnet. »Die ›Macht‹ hingegen [...] ist dadurch gekennzeichnet, daß sie Verhältnisse zwischen Individuen oder Gruppen ins Spiel bringt. [...] Der Begriff Macht bezeichnet Verhältnisse zwischen ›Partnern‹« (Foucault 1994: 251). Dies führt bei ihm zu der wichtigen Unterscheidung zwischen Macht und Gewalt. Ein Gewaltverhältnis ist ausschließlich repressiv, es wirkt auf einen Körper ein, der in dieser Situation keine Handlungsmöglichkeiten mehr hat: »Ein Gewaltverhältnis wirkt auf einen Körper, wirkt auf Dinge ein: es zwingt, beugt, bricht, es zerstört: es schließt alle Möglichkeiten aus; es bleibt ihm kein anderer Gegenpol als der der Passivität. Und wenn es auf einen Widerstand stößt, hat es keine andere Wahl als diesen niederzuzwingen« (Foucault 1994: 254). Das Machtverhältnis dagegen erkennt das Gegenüber als Subjekt an, ihm bleiben damit Möglichkeiten zur Reaktion und des Auswegs:

»Ein Machtverhältnis hingegen errichtet sich auf zwei Elementen, ohne die kein Machtverhältnis zustande kommt: so daß der ›andere‹ (auf den es einwirkt) als Subjekt des Handelns bis zuletzt anerkannt und erhalten bleibt und sich vor dem Machtverhältnis ein ganzes Feld von möglichen Antworten, Reaktionen, Wirkungen, Erfindungen eröffnet« (Foucault 1994: 254).

Hier lassen sich seine Überlegungen zu Widerstand und sozialen Bewegungen anschließen. Nach Foucault gibt es drei Typen sozialer Proteste: »[D]ie gegen Formen der (ethnischen, sozialen und religiösen) Herr-

11 »Wenn man sich diesmal an den engeren Sinn des Wortes ›Gouvernement‹ hält, kann man sagen, daß die Machtverhältnisse fortschreitend ›gouvernementalisiert‹, das heißt in der Form oder unter dem Schirm staatlicher Institutionen ausgearbeitet, rationalisiert und zentralisiert worden sind« (Foucault 1994: 259).

schaft; die gegen Formen der Ausbeutung, die das Individuum von dem trennen, was es produziert; die gegen all das, was das Individuum an es selbst fesselt und dadurch anderen unterwirft (Kämpfe gegen Subjektivierung, gegen Formen von Subjektivität und Unterwerfung)« (Foucault 1994: 246f.). Den Zusammenhang von Machtverhältnissen, Subjektkonstitution und Widerstand möchte ich nun anhand des irregulären Grenzüberttritts erläutern. Es handelt sich in der Terminologie Foucaults dabei vornehmlich um Kämpfe gegen Formen der Herrschaft und vermittelt gegen Formen der Ausbeutung.

Der Sammelband »Grenzverletzer« (Horn/Kaufmann/Bröckling 2002) versammelt Beiträge über den Flüchtling, den Fluchthelfer, den Vagabunden, den Nomaden, den Schmuggler, den Söldner, den Entdecker und Eroberer, den Siedler, den Anarchisten, den Luftpiraten sowie den Hacker.¹² Erkundet werden soll der politische bzw. antipolitische Gehalt der Aktivitäten dieser »subversiven Gestalten« (ebd.: 7), die für einen entscheidenden Moment die Maßnahmen der Grenzsicherung zu überwinden wissen. Grenzüberschreitende Aktivitäten wie Schmuggel, irreguläre Migration oder Fluchthilfe müssen nicht von vornherein politischer Art sein, sondern können ganz unpolitisch oder humanitär¹³ motiviert sein. Durch die Lokalität und den staatlichen Kontrollanspruch jedoch werden sie – wie bereits zu Beginn dieses Unterkapitels ausgeführt – politisch aufgeladen und machen diese als Untersuchungsgegenstand interessant.

Diejenigen, die Grenzen als Ort politischer und symbolischer Auseinandersetzung aus einer wenig machtvollen und ressourcenschweren Position nutzen, machen das – worauf Étienne Balibar zwischen den Zeilen hinweist – nicht immer freiwillig. Transitzonen, zu denen Grenzen und Grensräume zählen, fordern aufgrund ihres Charakters als Unsicherheitszonen dazu heraus, dass Individuen und Kollektive permanent ihren (prekären) Status aushandeln müssen. Balibar stellt diese Aushandlungsprozesse an Grenzen in den Kontext des Kampfes um Menschenrechte und verortet sie auf der Ebene der Aushandlungskämpfe zwischen Individuen und Staat:

12 Diese Prototypen des Grenzverletzers sind allesamt männliche Prototypen. Leider greifen die AutorInnen geschlechterdifferente Modi und Bedingungen der Grenzüberschreitung nicht als Fragestellung auf.

13 Humanitäre Motivationen finden oft in einem Kontext statt, in dem sie hoch politisch sind, werden von Aktiven oft aber explizit als unpolitisch bezeichnet, insbesondere in Ländern, in denen das Politische eng mit Korruption, Parteipolitik o.ä. verbunden ist.

»[C]reating within each territory zones of transit and transition, populations ›awaiting‹ entry or exit (sometimes for several years, sometimes in a periodically repeated fashion), individually or collectively engaged in a process of negotiation of their presence and their mode of presence (that is, their political, economic, cultural, religious, and other rights) with one or more states« (Balibar 1998: 218).

Mit Michel Foucault lässt sich an das Zitat von Balibar wiederum in einer Reihe von Punkten anknüpfen: Foucault argumentiert, dass überall da, wo Macht ist, auch Widerstand existiert, der jedoch aufgrund der relationalen Machtkonzeption nie außerhalb der Macht liegen kann. »Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr gerade deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht« (Foucault 1985 [1977]: 116). Das heißt die Möglichkeiten der in den Transitzonen festsitzenden MigrantInnen sind durch die dort begrenzten Möglichkeiten bestimmt, aber nicht determiniert. Die Widerstandspunkte sind, so Foucault weiter, »überall im Machtnetz präsent« (Foucault 1985 [1977]: 117). Daher gibt es keinen »Ort der Großen Weigerung«, vielmehr sind die »Widerstandspunkte, -knoten und -herde mit größerer oder geringerer Dichte in Raum und Zeit verteilt, gelegentlich kristallisieren sie sich dauerhaft in Gruppen oder Individuen« (ebd.).¹⁴

Entscheidend für die Entstehung von Protestpotenzial und sozialen Bewegungen ist, dass durch die Produktivität der Macht auch die *prinzipielle* Möglichkeit für Handlungsfähigkeit gegeben ist. Allerdings bleibt bei Foucault noch unklar, wann und wie aus Individuen handlungsfähige und kollektiv agierende Subjekte werden. In der Bewegungsforschung gibt es – wie an früherer Stelle des Kapitels ausführlich behandelt – dazu vielfältige Überlegungen. Mit Foucault argumentierend liegt ein erster Anhaltspunkt in der Freiheit, die untrennbar mit der Macht und die wiederum untrennbar mit der Subjektkonstitution verbunden ist:

»Macht und Freiheit stehen sich also nicht in einem Ausschließungsverhältnis gegenüber (wo immer Macht ausgeübt wird, verschwindet Freiheit), sondern innerhalb eines sehr viel komplexeren Spiels: in diesem Spiel erscheint die Freiheit sehr wohl als die Existenzbedingung von Macht« (Foucault 1994: 256).

Insofern kann die Analyse von Grenzen, von Handlungen in Grensräumen und den subversiv-widerständigen Aktivitäten von GrenzgängerInnen als Subjekten ein Schlüssel zum Verständnis allgemeiner gesellschaftlicher Strukturen und Muster sein. Foucault noch einmal abschließend dazu:

14 Der von Foucault hergestellte Zusammenhang von Macht und Widerstand ist nicht zu verwechseln mit den vereinfachenden Annahmen von Deprivationstheorien, die Widerstand aus Unterdrückung heraus erklären.

»Metaphorisch gesprochen heißt das, den Widerstand als chemischen Katalysator zu gebrauchen, mit dessen Hilfe man die Machtverhältnisse ans Licht bringt, ihre Position ausmacht und ihre Ansatzpunkte und Verfahrensweisen herausbekommt. Statt die Macht von ihrer inneren Rationalität her zu analysieren, heißt es, die Machtverhältnisse durch den Gegensatz der Strategien zu analysieren« (Foucault 1994: 245).

Mit Michel Foucaults theoretischer Perspektive auf Machtverhältnisse und möglichen Ansatzpunkten von Widerstand habe ich darzustellen versucht, inwiefern und warum Räume – in diesem Fall Grenzümgebungen – durch Normverletzungen zu Räumen des Politischen werden. In diesen Räumen können sich, müssen aber nicht, aus Normverletzungen heraus Ansatzpunkte für politische Mobilisierungen ergeben. Anhand der politischen Auseinandersetzungen um das Flüchtlingslager Sangatte komme ich auf diese Prozesse noch ausführlich zurück.

Die politische Dimension transstaatlicher sozialer Räume

Der Ansatz transnationaler sozialer Räume leistet eine andere Erklärung, wie politische Mobilisierungen von MigrantInnen zu denken sind und wo ihre räumliche Basis zu verorten ist. Als Ausgangspunkt dienen wie bei den vorangehenden Ausführungen grenzüberschreitende Praxen, jedoch wird die Ebene der Foucaultschen Momentaufnahme des Grenzübertritts ausgedehnt auf längerfristige Transmigrationsprozesse. In ihnen, so das Ergebnis, liegt das Potenzial politischer Mobilisierungen, die nur dann angemessen zu erfassen sind, wenn die nationalstaatliche Perspektive erweitert wird. Insofern eröffnet die theoretische Perspektive transnationaler oder transstaatlicher sozialer Räume ein geeignetes begriffliches und analytisches Instrumentarium, um Prozesse politischer Mobilisierung von MigrantInnen zu fassen.

Neuere migrationstheoretische Konzepte analysieren grenzüberschreitende, plurilokale Prozesse und Figurationen, die auch für die Entstehung und Praxis von kollektivem politischem Handeln von MigrantInnen relevant sind (vgl. Basch/Glick Schiller/Blanc 1994, Faist 2000a, 2000c, Pries 1998). Soziale Bewegungen von MigrantInnen haben andere Voraussetzungen der transnationalen Vernetzung und Handlungsfähigkeit als diejenigen, die die nationalstaatliche Ebene fokussieren, da sie über erweiterte Erfahrungsräume und soziale Beziehungen verfügen. Leider führen Glick Schiller et al. den Aspekt politischer Mobilisierung nicht aus. In ihrem sehr handlungsorientierten und individuums- bzw. gruppenbezogenen Ansatz liegt die Gefahr, zu viel Gewicht auf Praxen der transnationalen MigrantInnen zu legen, so dass die sie umgebenden Kontexte zu verschwinden drohen. Insofern sind Ansätze wie die von

Ludger Pries und Thomas Faist, die sowohl den politisch-legalen Rahmen wie auch Praxen von TransmigrantInnen zu fassen vermögen, plausibler. Faists Konzeption transstaatlicher Räume ist am ehesten geeignet, politische Prozesse zu erfassen.¹⁵ Transstaatliche Räume sind

»verdichtete ökonomische, politische und kulturelle Beziehungen zwischen Personen und Kollektiven, die Grenzen von souveränen Staaten überschreiten. Sie verbinden Menschen, Netzwerke und Organisationen in mehreren Orten über die jeweiligen Staatsgrenzen hinweg. Eine hohe Dichte, Häufigkeit, eine gewisse Stabilität und Langlebigkeit kennzeichnen diese Beziehungen unterhalb bzw. neben der Regierungsebene« (Faist 2000a: 10).

Faist identifiziert in Bezug auf den Grad der Formalisierung sowie auf die Dauerhaftigkeit vier Idealtypen transstaatlicher Räume:

Abbildung 1: Typen transstaatlicher Räume

		Formalisierungsgrad	
		Gering (Netzwerke)	Hoch (Organisationen)
Potenzial für Dauerhaftigkeit	Kurzlebig	Kontaktfelder von Gütern, Personen, Informationen und Praktiken	Kleingruppen
	Langlebig	Auf geteilten Werten beruhende themenzentrierte Netzwerke	Gemeinschaften mit engen solidarisch-symbolischen Bindungen (z.B. Dörfer, religiöse Gemeinschaften, ethnische Auslandsgruppen); Organisationen (soziale Bewegungen, Migrant*innenorganisationen, Exilparteien, transstaatliche Wirtschaftsunternehmen von Migrant*innen)

Quelle: nach Faist (2000a: 19-28)

Diese transstaatlichen Beziehungen mit ihren jeweiligen Formen kollektiven Handelns bilden die Basis für grenzüberschreitende Bewegungen. Dabei kommt Faist zu dem Schluss, dass es keine existierende Weltzivilgesellschaft, sondern allenfalls »erste Anzeichen« dafür gibt, insbesondere in der EU (Faist 2000b: 380f.). Explizit begreift Faist – in der obigen

15 Politische Prozesse finden bei Pries nur am Rande Erwähnung. Die Kennzeichen transnationaler sozialer Räume sind: 1. der politisch-legale Rahmen in den Herkunfts- und Ankunftsregionen, 2. die materielle Infrastruktur, 3. das System sozialer Positionierungen und 4. Identitäten und Lebensprojekte (Pries 1998: 76ff.).

Abbildung – Selbstorganisierungen von MigrantInnen als langlebigen und hoch organisierten Typ bzw. als langlebige und gering formalisierte themenorientierte Netzwerke. Dazu zählen auch lose Netzwerke von Intellektuellen, ExilantInnen und MigrantInnen, die politische Informationen austauschen und die Diffusion von kulturellen Bewegungspraktiken befördern¹⁶ (Faist 2000a: 19-28). Zur Bewertung der Beziehung zwischen MigrantInnen und Aufnahmegesellschaft stellt Faist fest, dass »überkreuzende externe Loyalitäten in und zu mehreren Staaten bzw. Nationen bei Migranten [nicht] zu einer rein instrumentellen Haltung gegenüber Staaten führen« (Faist 2000b: 389) müssen. MigrantInnenorganisationen »fungieren als Transmissionsriemen für die Interessen von Immigranten« (ebd.). Damit stellt er assimilatorische Ansätze in der Ausländerpolitik in Frage (ebd.: 391, Faist 2000b).

Transstaatliche Räume entstehen zum einen durch global wirkende technologische und ökonomische Faktoren und zum anderen durch polit-ökonomische und kulturelle Entwicklungen in den Herkunfts- und Aufnahmestaaten (z.B. fluchterzeugende Minoritätenpolitik) (Faist 2000a: 38-43). Faist geht – implizit Bezug nehmend auf das Konzept gesellschaftlicher Kontextstrukturen – von der Annahme aus, dass »je günstiger die Bedingungen für öffentliche politische und kulturelle Aktivitäten im Emigrations- und Immigrationsland [sind], desto vorteilhafter [sind] die Bedingungen für die Entstehung transstaatlicher Räume in Form von transstaatlichen Gemeinschaften, sozialen Bewegungen und Organisationen« (ebd.: 41f.). Faists Konzeptionalisierung ist für die Analyse politischer Organisation von MigrantInnen von Relevanz, da ermöglichende und hemmende Faktoren benannt werden.

Soziale Netzwerke und soziales Kapital

Die vorangehenden Ausführungen zeigen, dass bei der Zusammenführung der Transnationalisierungsdiskussion in der Migrations- und der Bewegungsforschung vor allem zwei soziologische Termini eine wichtige Bedeutung einnehmen: soziale Netzwerke und soziales Kapital. Sie helfen auch zu verstehen, warum Staaten bei dem Versuch, Migration und Grenzen zu kontrollieren, in Schwierigkeiten geraten. Um Migration effektiv zu steuern, versuchen sie, in diese Netzwerkstrukturen zu intervenieren. Irreguläre MigrantInnen greifen also sowohl für die Realisierung

16 Ein Beispiel ist das u.a. nach Deutschland importierte kurdische Neujahrsfest *Newroz*, das in politische Manifestationen eingebaut und zu einem Symbol kurdischer Identität wurde (Faist 2000a: 20).

der Migration als auch für die politische Praxis auf soziales Kapital und soziale Netzwerke zurück.

Soziale Netzwerke

Migrationen und politische Mobilisierungen sozialer Bewegungen gründen auf der Existenz sozialer Netzwerke und verändern diese wiederum. Die Bedeutung sozialer Netzwerke von MigrantInnen wurde vor allem dahin gehend diskutiert, dass sie einen Einfluss auf Richtung und Ausmaß internationaler Migration haben. Sie reduzieren ökonomische und psychische Kosten, die mit der Migration verbunden sind (Faist 2000c: 14, 96). In der Bewegungsforschung werden soziale Bewegungen unter anderem als mobilisierte Netzwerke definiert (vgl. Rucht 1994: 77). Die Relevanz von sozialen Netzwerken wird also gleichermaßen in der Migrations- und der Bewegungsforschung betont, allerdings ist es sinnvoll, sich auf einige Begriffe und Konzepte der Netzwerkanalyse¹⁷ zu beziehen, um der Gefahr der Ungenauigkeit zu begegnen.

Im Unterschied zu direkten sozialen Beziehungen in Netzwerken existieren symbolische Beziehungsnetzwerke, die sowohl in Migrationsprozessen wie auch sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle spielen. Symbolische Beziehungen sind dann vorhanden, wenn politische Meinungen, Erinnerungen, zukünftige Erwartungen oder Repräsentationen geteilt werden. Symbolische Beziehungen können sich auf ethnische und religiöse Gemeinschaften, auf Nationen oder politische Bewegungen beziehen. Eine Hauptfunktion ist es, die Individuen in eine ansonsten anonyme Masse von Fremden zu integrieren und auch über Entfernungen hinweg Netzwerke zu bilden. So können »[c]ultural communities, such as families, ethnic groups, national groups, religious parishes, professional congregations, and nations [...] live far apart, separated by many borders« (Faist 2000c: 110). Für eine Bewegungsforschung, die transnationale politische Mobilisierungen von MigrantInnen analysiert, ist es also notwendig, diese grenzüberschreitenden sozialen und symbolischen Beziehungsnetzwerke zu berücksichtigen, da ansonsten die Bedingungen und Formen nur unzureichend erfasst werden.

Eine Stärke der Netzwerkanalyse liegt darin, nicht *a priori* von der Existenz von Netzwerken auszugehen. Gerade in der transnationalen Migrationsforschung wird der Begriff des Netzwerks oft wenig reflektiert verwandt. Zu den von der Netzwerkanalyse entwickelten Kriterien gehö-

17 Es wäre vereinfachend von ›der‹ Netzwerkanalyse zu sprechen (vergleiche zu unterschiedlichen Ansätzen, qualitativen und quantitativen Methoden Frerichs/Wiemert 2002, Jansen/Schubert 1995, Pappi 1993).

ren: die Größe des Netzwerkes und die Anzahl der Beteiligten (>Knoten<); die Dichte des Netzwerkes; die Multiplexität, das heißt inwiefern komplexe Beziehungen zwischen den Netzwerkteilnehmenden existieren (z.B. können familiäre, erwerbsarbeitsbezogene und politische Netzwerke sich überlappen); Ballungen in bestimmten Teilen des Netzwerkes; die Stärke der Verbindungen, das heißt ihre Häufigkeit, Dauer, emotionale Intensität und Reziprozität; die Dauer der Existenz des Gesamtnetzwerkes und seine Transformationen (vgl. Vertovec 2003: 647).

So wichtig es ist, diese Faktoren bei der Analyse von Migrations- und Bewegungsnetzwerken zu berücksichtigen, so besteht dabei auch die Gefahr, dass die – oft quantitativ erhobene und mathematisch ausgewertete – Struktur eines Netzwerkes relativ wenig über die Qualität der Verbindungen, den Inhalt der Beziehungen und über die Machtverhältnisse aussagt. Insofern ist es für die Analyse von Migrations- und Bewegungsnetzwerken zwar sinnvoll, sich der Terminologie, nicht aber unbedingt der mathematischen Methoden der Netzwerkforschung zu bedienen. Diese Kontextgebundenheit von Netzwerken soll nun für migrationsbezogene Netzwerke unter dem *gender*-Aspekt ausgeführt werden.

In der feministischen Diskussion um Frauennetzwerke wird häufig unterschwellig davon ausgegangen, dass es sich um hierarchiearme Organisationsformen handelt, die tendenziell offen sind und homogene Gruppen von Personen verbinden (vgl. zur Diskussion Lenz 1999). Dies ist in mehrerlei Hinsicht für migrationsbezogene Netzwerke, aus denen heraus sich politische Aktivitäten ergeben, zu hinterfragen bzw. zu konkretisieren. Auf ethnischer Herkunft beruhende Netzwerke, die einen Großteil der Migrationsnetzwerke ausmachen, sind in Bezug auf Mitglieder anderer ethnischer Zugehörigkeit meist exklusiv. Sie sind zudem durchzogen von informellen Hierarchien entlang unterschiedlicher Achsen (Geschlecht, Alter, Ansehen, Familienstand etc.). Das kann insbesondere für Frauen paradoxe Effekte haben: Wird im Alltag Rassismus und Diskriminierung erfahren, so stellen familiäre und ethnische Netzwerke einen Schutzraum und eine unterstützende Ressource dar. Dieser Aspekt wurde lange von weiten Teilen der westlichen feministischen Theorie und Frauenbewegungen in ihrer Kritik der Familie als unterdrückende Instanz nicht gesehen. Andererseits konservieren sich in ethnischen Netzwerken in der Migration oft patriarchale Werte, die mit einer verstärkten Kontrolle über Frauen einhergehen, so dass diese als einschränkend empfunden werden können (vgl. Kofman et al. 2000: 168ff.). Retraditionalisierungen und Fundamentalismen betreffen besonders Frauen, da Weiblichkeitskonstruktionen, etwa Vorstellungen über Ehre und Reinheit, als Marker ethnischer und religiöser Zugehörigkeit gelten, deren Einhaltung zur Definition und Abgrenzung der Gruppe strikt

überwacht wird (vgl. Yuval-Davis 1997). Die Aktivität in ethnischen Netzwerken kann für Frauen aber auch ein Schritt hin zu einem breiteren politischen Engagement und einem Mehr an sozialem Kapital bedeuten, da sie in Kontakt mit weiteren sozialen Netzwerken im Umfeld des ursprünglichen ethnischen Netzwerks kommen. Einem Teil der MigrantInnen ist der Zugang zu klassischen Formen politischer Betätigung versperrt. Über Gruppen, die aus der privaten Sphäre in die öffentliche wirken bzw. die private Sphäre zu einer (semi-)öffentlichen machen, realisieren Migrantinnen ihre Interessen und Repräsentation. Für sie kann der Austausch mit anderen Organisationen, Netzwerken und Ideen ein Auslöser sein, sich kritisch zu den Normen der ethnischen Netzwerke zu verhalten (Kofman et al. 2000: 184f.). Die informellen sozialen Netzwerke können also eine Strategie der politischen Repräsentation und Artikulation von Migrantinnen sein, ohne allerdings formale Organisierungen und *citizenship*-Rechte ersetzen zu können. Die Antwort von Männern – Ehemännern und Autoritäten in den ethnischen Netzwerken – auf diese Aktivitäten gestaltet sich oft ambivalent. Einerseits unterstützen sie die sozialen Aktivitäten der Frauen im ethnischen Netzwerk, andererseits fürchten sie die Auswirkungen eines Autonomiegewinns, welcher die patriarchale Kontrolle einschränkt. Aufgrund des starken Engagements von Migrantinnen in »semi-öffentlichen Netzwerken« (Lenz 1999: 68) wird in dieser Arbeit der Begriff des Politischen, entsprechend der feministischen Diskussion, weit gefasst. Es wird nicht von der Dichotomie privat – öffentlich/politisch ausgegangen, sondern von einem Kontinuum, das sich über verschiedene Sphären erstreckt und in dem politische Artikulationen möglich sind (vgl. Kofman et al. 2000: 165).

Neben den ethnisch strukturierten Netzwerken existieren Netzwerke, denen Personen verschiedener Herkunft angehören. Frauen tendieren eher als Männer dazu, in multinational zusammengesetzten Netzwerken mit Frauen anderer Gruppen zusammen zu arbeiten (ebd.: 185; zur empirischen Fundierung für die BRD: Schwenken 2000). Die Gründe sind dafür vielschichtig: Sie sind weniger in die Leitung ethnizitäts- und nationalitätsbasierter Organisationen involviert. Weiterhin kann die Diskriminierungserfahrung als Frau und als Frau in den ethnischen Netzwerken die Basis der Koalitionsbildung mit anderen Frauen sein.

Bei der Betrachtung sozialer Netzwerke, sowohl in der Migrationsforschung wie auch in der Bewegungsforschung, spielen somit Faktoren von Ethnizität und Geschlecht eine wichtige Rolle, deren Effekte und Relationen derart komplex sind, dass eine Analyse allein mit Methoden der formalen Netzwerkanalyse nicht angemessen ist.

Soziales Kapital

Ein mit dem der sozialen Netzwerke verbundenes Konzept, das ebenfalls auf der Mesoebene ein Bindeglied zwischen der Bewegungs- und der Migrationsforschung darstellt, ist das des sozialen Kapitals. Um transnationale soziale Räume zu realisieren und politische Aktivitäten zu entfalten, bedarf es spezifischer Ressourcen wie soziales Kapital. Soziales Kapital wird in der soziologischen Theorie unterschiedlich konzeptionalisiert. Ich folge Thomas Faists Verbindung der Konzepte von Pierre Bourdieu¹⁸ und James Coleman¹⁹, da beide für die Verknüpfung von transnationaler Bewegungs- und Migrationsforschung wichtige Aspekte beinhalten:

»Social capital are those resources that help people or groups to achieve their goals in ties and the assets inherent in patterned social and symbolic ties that allow actors to cooperate in networks and organizations, serving as a mechanism to integrate groups and symbolic communities« (Faist 2000c: 102).

Soziales Kapital ist somit erstens eine Ressource individueller und kollektiver Akteure; zweitens bezieht es sich auf einen Aspekt der Sozialstruktur, der Kooperation ermöglicht. Insofern dient soziales Kapital dazu, Personen durch soziale und symbolische Beziehungen mit Netzwerken, Gruppen und Organisationen zu verbinden. Diesem Verständnis sozialen Kapitals folge ich und konkretisiere es nun in Bezug auf Migrationsprozesse und politische Mobilisierungen durch MigrantInnen.

Soziales Kapital wird erlangt und gepflegt in Netzwerken, beispielsweise durch Besuche, Kommunikation, Heirat, die Mitgliedschaft in Organisationen oder die Teilnahme an Veranstaltungen (Vertovec 2003: 648). Soziales Kapital wird in Form von Ermöglichung von Zugang zu ökonomischem oder Humankapital, einem Mehr an Informationen und Macht und Kontrolle in den Netzwerken/Organisationen

18 Nach Bourdieu ist soziales Kapital eine Ressource, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruht (Bourdieu 1983). Daraus ergeben sich materielle (Gefälligkeiten, neue Beziehungen) und symbolische Profite (z.B. Mitgliedschaft in einer angesehenen Gruppe). Zur Aufrechterhaltung sozialen Kapitals ist eine ständige Beziehungsarbeit in Form von Austauschaktionen notwendig, in die Zeit und ökonomisches Kapital investiert werden.

19 James Colemans betrachtet soziales Kapital als »the capacity of individuals to command scarce resources by virtue of their membership in networks or broader social structures [...]. The resources themselves are *not* social capital; the concept refers instead to the individual's *ability* to mobilize them on demand« (Coleman 1988, Herv. i. Orig.). Insofern handelt es sich nicht um den Besitzstand eines Individuums oder einer Gruppe, sondern um Möglichkeiten, Ressourcen zu mobilisieren, die sich aus der Eingebundenheit in soziale Netzwerke ergeben.

»verzinst«. Ressourcen, die in den Netzwerken vorhanden sind, können somit zum sozialen Kapital der vernetzten Individuen und Gruppen werden. Bei den durch Sozialkapital erlangten Gewinnen kann es sich beispielsweise um Informationen über Arbeitsmöglichkeiten in Immigrationsländern, um das Wissen über den Weg dahin, um geliehenes Geld zur Realisierung der Migration oder um nachbarschaftliche Kontakte, die sich um die Versorgung der Kinder kümmern, handeln (Faist 2000c: 111). Individuelle und kollektive Akteure können also über drei mögliche Formen des Gewinns durch soziales Kapital verfügen: den Zugang zu Ressourcen anderer Personen, ein Mehr an Informationen und eine erhöhte Kontrolle über andere Personen. Das Ausmaß und die Qualität dieser Gewinne ist abhängig von der Anzahl der sozialen und symbolischen Beziehungen sowie deren Ausstattung mit Ressourcen.

Die Migrationsforschung beschäftigt sich damit, wie der Transfer sozialen Kapitals von einem Land in ein anderes vonstatten geht und inwiefern sich soziales Kapital von MigrantInnen von dem von Nicht-MigrantInnen unterscheidet. Soziales Kapital ist zunächst lokal bedeutsam und beschränkt die Mobilität potenzieller MigrantInnen, da sie vor Ort über die relevanten personellen Bindungen und Netzwerke verfügen. Ohne grenzüberschreitende soziale Netzwerke ist soziales Kapital im Falle der Migration schwer transferierbar. Existieren diese transnationalen sozialen Netzwerke, so ermöglichen sie eine transnationale Lebensführung, wirken auf lange Sicht migrationsfördernd und tragen zur Bildung transnationaler sozialer Räume bei (Faist 2000c: 98). Die Möglichkeit des Transfers sozialen Kapitals steigt also bei transnationaler Migration und Kettenmigration. Es trägt dazu bei, Personen zur Mobilität zu verhelfen und andere Formen von Kapital zu mobilisieren. Soziales Kapital dient dann als Transmissionsriemen, der Gruppen und Netzwerke in verschiedenen Ländern verbindet und Neuankommenden hilft, sich zurecht zu finden (ebd.: 120). Es dient in den Immigrationsländern auch dazu, ein politisches und kulturelles Leben der jeweiligen Gemeinschaften aufzubauen. Wenn MigrantInnen die Kontakte in ihr Herkunftsland abbrechen oder weniger intensiv pflegen, verlieren sie etwas von ihrem früheren sozialen Kapitalstock. Die Aufrechterhaltung der sozialen Beziehungen im Herkunftsland ist eine wichtige Voraussetzung für den Fall der Rückkehr. RückkehrmigrantInnen wiederum verfügen über ein größeres soziales Kapital als vor ihrer Migration, wenn sie die durch die Migration neu erworbenen Beziehungen nutzen. Diese migrationsbezogenen Vorgänge verdeutlichen, dass soziales Kapital im Migrationsprozess sehr fragil ist und politische Mobilisierungen sowohl Ausdruck als auch Teil dessen sind. Soziales Kapital ist somit lokal verankert und kann zugleich ein Transmissionsriemen transnationaler Mi-

gration sein. Transnationale Migrationsprozesse verkomplizieren bisherige theoretische Annahmen über Sozialstrukturen und die Verortung von Individuen und Gruppen in ihnen noch in einem weiteren Punkt: Ein und dieselbe Person kann in ihrem Herkunftsland und im (temporären) Immigrationsland über einen gänzlich unterschiedlichen Status verfügen. In Polen gehört beispielsweise die als Putzfrau in Deutschland arbeitende Frau zur Mittelschicht und verfügt über ausreichend ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, wohingegen ihr sozialer Status in Deutschland – gemessen an der deutschen Bevölkerung – gering ist. Unter der in Deutschland lebenden und arbeitenden polnischen *community* hat sie eine weitere Position inne, die entweder sehr hoch oder aber am unteren Ende angesiedelt sein kann. Transnationale Migration führt also zu komplexen und teils widersprüchlichen Entwicklungen. Diese widersprüchliche Verortung kann Auswirkungen auf die politische Mobilisierung haben. So lehnen es in deutschen Haushalten arbeitende polnische Frauen oft ab, sich als Hausmädchen zu organisieren, da sie diese soziale Position nicht befestigen, sondern überwinden wollen.

Für die Bewegungsforschung bedeuten diese Ausführungen zu sozialem Kapital und sozialen und symbolischen Netzwerken zunächst, der Mesoebene bei der Analyse politischer Mobilisierungen und politischer Repräsentation besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, weil eine Vielzahl von Interaktionen durch sie mitbestimmt ist. Allerdings ist damit nicht immer ein Autonomiegewinn der Einzelnen oder die Solidarität der an Netzwerken Beteiligten verbunden, wie bereits bezogen auf soziale Netzwerke erläutert wurde. Negatives oder saures soziales Kapital liegt dann vor, wenn die Einbindung in Netzwerke dazu führt, dass bestimmte Ziele nicht erreicht werden, beispielsweise wenn die Familie keine autonomen Entscheidungen über die politische Aktivität ihrer Mitglieder erlaubt (Faist 2000c: 115). Hierbei spielen Geschlechterverhältnisse und Seniorität eine wichtige Rolle, die es weiblichen und jüngeren Gruppenmitgliedern oft nicht ermöglicht, ihr soziales Kapital optimal zu nutzen. Robert Putnam hat am Fall der USA auf einen weiteren Zusammenhang von sozialem Kapital und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten aufmerksam gemacht (Putnam 1995). Seiner These nach bedingt die Abnahme zivilgesellschaftlicher Einbindung der US-AmerikanerInnen in den letzten dreißig Jahren einen Verlust an sozialem Kapital und anders herum. Beides hat sowohl Einfluss auf die politische und demokratische Verfasstheit der USA wie auch das private Leben. Im Fall transnationaler Migration und transnationaler politischer Mobilisierung haben genau diejenigen Formen sozialen Kapitals und sozialer Netzwerke wie Familien, Religionsgemeinschaften und Nachbarschaften eher Bestand, die Putnam für die USA auf dem Rückzug sieht.

Insofern stellt die transnationale politische Mobilisierung von MigrantInnen einen interessanten Fall dar, wie trotz räumlicher Mobilität und gesellschaftlicher Veränderung Formen sozialen Kapitals und sozialer Netzwerke mit hoher Dichte und Verbindlichkeit entstehen und mobilisierungsfördernd sein können.

Fazit: Politische Mobilisierungen im Konfliktfeld irregulärer Migration

Vor dem Hintergrund politischer Kontextstrukturen artikulieren kollektive Akteure ihre Anliegen und mobilisieren Ressourcen. Die Art der Artikulation (*framing*) geschieht vor allem in der Konstitutionsphase politischer Mobilisierungsprozesse; sie hat einen Einfluss auf die Wahl möglicher BündnispartnerInnen, die Aktionsformen und politischen Realisierungschancen. Darüber hinaus sind weitere, z.B. strukturelle und institutionelle, Faktoren zu berücksichtigen, die die Aktivitäten sozialer Bewegungsakteure und die Antworten politischer EntscheidungsträgerInnen, Alliierten und GegnerInnen beeinflussen. Im Fall der Mobilisierung von irregulären MigrantInnen und *pro-migrant*-Organisationen in der EU bedeutet dies, dass ein Teil der politischen Aktivitäten auf transnationaler Ebene stattfindet, sowohl aufgrund der Akteure und ihrer transnationalen Netzwerke wie auch der Thematisierung supranationaler europäischer Asyl-, Migrations- und Grenzpolitiken und dem institutionellen Rahmen der EU. Dabei besteht eine charakteristische Form der politischen Mobilisierung im Nebeneinander bzw. in der Verknüpfung von inner- und außerinstitutionellen Aktivitäten.

Die Ausführungen zu sozialen Netzwerken und sozialem Kapital haben gezeigt, dass sowohl für die politische Mobilisierung als auch für die Lebens- und Migrationsprojekte von MigrantInnen transnationale soziale Netzwerke und spezifische Formen sozialen Kapitals eine Grundvoraussetzung sind. Nur ein Teil der transnationalen Praktiken ist explizit politischer Natur; die Gesamtheit der Praktiken stellt jedoch einen Teil der migrationsspezifischen Ermöglichungsstruktur dar.

Für die Analyse politischer Mobilisierungen im Konfliktfeld der irregulären Migration sind somit die Zusammenführung der transnationalen Bewegungs- und Migrationsforschung sowie Anleihen aus der europäischen Integrationsforschung hilfreich.